

Deutsche Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nr. 281 — 2. Jahrgang Saarbrücken, Sonntag, Montag, 16. 17. Dezember 1934 Chefredakteur: M. Braun

Das Programm der Einheitsfront nach dem 13. Januar Seite 3

Sieg der „alten Kämpfer“ des Kapitalismus Seite 4

Die Umsiedlungsaktion in Walhall Seite 7

Minister Rusts Geschäfte

Ein Korruptionsgesetz für „alte Kämpfer“ — Wie wird man Millionär?

Berlin, 15. Dezember.

In dem Bündel von Gesetzen, das das Reichskabinett in seiner wahrscheinlich letzten Sitzung dieses Jahres eben dem neuen Reich zur Unterdrückung der Opposition in den eigenen Reihen der NSDAP, durch Justizhaus und Schlichtungsbüro hat, befindet sich eines mit ganz eigenartigem sozialrechtlichem Inhalt. Das amtliche Kommuniqué teilt darüber etwas verschwommene Angaben mit:

Zunächst wurde ein Gesetz über die Ungleichbürgerliche rechtlicher Ansprüche genehmigt. Der nationalsozialistische Staat fordert von dem einzelnen Volksgenossen ein hohes Maß von Opferbereitschaft zum Besten des Ganzen. Ein leuchtendes Beispiel dieser Opferwilligkeit sind die zahllosen Opfer an Blut und Vermögen, die im Kampfe um die nationalsozialistische Erhebung von den alten Kämpfern der NSDAP gebracht worden sind. Deshalb muß jeder einzelne gewisse Nachteile, die ihm durch politische Vorgänge dieser Erhebung erwachsen sind, im Interesse der Gesamtheit grundsätzlich selbst auf sich nehmen. Lediglich für außergewöhnliche Schäden, deren Erzeugung ihm nach gesundem Empfinden billigerweise nicht allezeit zumuten ist, kann der Volksgenosse einen gewissen Ausgleich beanspruchen. Dieser Ausgleich kann ihm nach dem heute angenommenen Gesetz über den Ausgleich bürgerlich-rechtlicher Ansprüche unter bestimmten Voraussetzungen und in einem besonders vorgeordneten Verfahren zu Lasten der Allgemeinheit gewährt werden, doch ist die Anwendung des Gesetzes ausdrücklich auf Vorgänge beschränkt, die sich bis zum 2. August 1934 ereignet haben.

Es handelt sich also um die Anwendung von Vermögenswerten für besonders ausgeübte und bei der Reichsregierung in gutem Ansehen stehende sogenannte „alte Kämpfer“. Zu Lasten der Allgemeinheit sollen finanzielle Zuwendungen, über deren Höhe und Art zunächst nichts gesagt wird, für rein parteipolitische Verdienste gewährt werden. Ob es sich um Pensionen, Renten oder um Abfindungssummen oder um alle diese Zuwendungen handelt, wird nicht gesagt. Sicher ist jedenfalls, daß sich die Reichsregierung mit diesem Gesetz ein neues Korruptionsgesetz erschlossen hat. Die „alten Kämpfer“ werden auf eine Art politischen Beitragsfonds hinarbeiten, an dem sie nur dann beteiligt werden sollen, wenn sie sich allzeit demütig dem Willen der Herrschenden unterwerfen.

In diesem Zusammenhang interessiert auch die Frage, wie diejenigen Parteigenossen entschädigt werden, die als Gründer und Beförderer von Parteizeitungen die in den Besitz der Partei überführen müssen. Der Fall Brückner hat dem Führer wieder einmal gezeigt, welche Gefahr nationalsozialistische Zeitungen sind, die sich im Besitz von hohen nationalsozialistischen Würdenträgern befinden, denn durch diese öffentlichen Sprachrohre erhalten diese nationalsozialistischen Provinzialführer einen Einfluß, den ihnen die Berliner Zentrale nicht gewähren möchte. Das gilt auch für Adolf Stricker, dessen Zeitungen, insbesondere der „Stürmer“, längst zu den Anführern des Systems gehören.

Daß solche Zeitungsverkäufe von „alten Kämpfern“ an die NSDAP, hinter der in solchen Fällen direkt oder indirekt die Staatskassen stehen, mit gewaltigen Gewinnen für den Verkäufer abschließen können, zeigt der Fall des preussischen Kultusministers Rust, über den uns aus der Umgebung des Stellvertreters des Führers, Rudolf Geh, folgender Bericht zugeht:

„Rust, der vor einigen Jahren den Schuldienst quittieren mußte, weil er nach ärztlichem Urteil für diese Tätigkeit geistig nicht mehr genügend intakt war, hat damals zusammen mit einem Herrn Behrendt das Stammkapital von 15 000 Reichsmark für das nationalsozialistische Parteiblatt „Niedersächsisch“, die „Niedersächsische Tageszeitung“ (NZ) aufgebracht. Herr Rust war mit 7000 und Herr Behrendt mit 8000 Reichsmark beteiligt. Bei dem jetzigen Verkauf an die Partei hat sich der vielbeschäftigte Reichsminister natürlich dieser kleinen Einzelheiten nicht mehr erinnert. Es wurde bei dem Geschäft lediglich auf den jetzigen Wert der Zeitung geachtet. Da die Druckerei inzwischen aber die Maschinenparts des einstigen sozialdemokratischen „Volkswillens“ in Hannover „nationalsozialisiert“ hat, ist dank der revolutionären Verdienste des Herrn Rust und seiner Schlagetots das einstige Kalkül mit seiner damaligen Winkeldruckerei eine gehörige Summe wert. So erhielt denn Herr Rust von der NSDAP für seine Zeitung die schöne runde Summe von 1 200 000 Reichsmark (in Worten: eine Million zweihunderttausend Reichsmark) angezahlt.

Für die Partei und für Herrn Rust war damit die Angelegenheit glücklich lauter erledigt, bis eines Tages bei Herrn Geh, dem Stellvertreter des „Führers“, ein aufgesaugter und schimpfender „alter Kämpfer“ erschien und Herrn Rust mit Worten belagte, die sonst nur in der Unterwelt üblich sind. Allmählich kam Herr Geh hinter folgenden Tatbestand:

Herr Rust hat, nachdem er die Nielsenkaufsumme aus der Kasse der Partei oder der des Staates, denn Partei und Staat sind ja eins, entlassen hatte, seinem Kompagnon Behrendt, der einst 15 v. H. des Kapitals geleistet hatte, trenn und brach mit den alten 8000 Reichsmark abzufinden. Eine wahrhaft bräberliche Leistung! Der „alte Kämpfer“ Behrendt forderte nun von Geh einen Trunk auf Rust, dem Mitinhaber der Zeitungskasse ein Anteil von etwa 500 000 Reichsmark anzuzahlen. Rudolf Geh machte sich hart, diese Forderung, die selbst innerhalb des Klubs „Immertreu“ als berechtigt gelten dürfte, bei Rust durchzusetzen. Einlagermosen beruhigt fuhr der „alte Kämpfer“ ab. Schließlich, so dürfte er gedacht haben, hat man doch das Eigentum sozialdemokratischer Arbeiter nicht nur für Herrn Rust allein geschlohen.

Inzwischen sind allerdings einige Wochen ins Land gegangen, ohne daß Herr Behrendt den erwarteten Scheck von Herrn Rust erhalten hätte.

Vielleicht kann das neueste Gesetz den peinlichen Zwischenfall beenden, indem man Herrn Behrendt für seine Verdienste um die gute Sache aus Reichsmitteln entschädigt.“

Die SS. entwaffnet! Voller Sieg der Reichswehr

Berlin, 15. Dezember.

General von Fritsch als Chef der Obersten Heeresleitung drängt den kranklichen Reichswehrminister von Blomberg mehr und mehr zur Seite. Innenpolitisch und außenpolitisch sehen sich die konservativen Ziele durch die General von Fritsch seit einer Reihe von Monaten verfolgt hat. Die SA ist seit dem 30. Juni erledigt, freilich durch Reichsbanner, die dem General von Fritsch nicht gefallen und ihm einige nahe politische Freunde gekostet haben. Nun wird die SS. entmachtet. Die Entwaffnungsaktion gegen die schwarze Garde schreitet fort. Das SS.-Gezetz muß alle Gewehre und Maschinengewehre abliefern und darf nur Messer und Ehrenkolben behalten. Nur die Leibstandarte Adolf Hitlers, die von aus dem ganzen Reich angezogenen Gardisten besteht, behält ihre militärische Bewaffnung.

Die Entwaffnung der SS. hat nicht nur innen, sondern auch außenpolitische Gründe. Man will so zunächst Frankreich und dann dem Völkerverbund beweisen, daß es eine bewaffnete Miliz nicht gibt und weder SA, noch SS. militärischen Charakter tragen.

„Der Doktor spricht“ Elegien des Reichsreklameministers

Wenn es im „dritten Reich“ einen Mann gibt, der über die Volksstimmung Bescheid weiß, so ist es Herr Dr. Josef Goebbels. Wir wollen ihn daher heute in der „Deutschen Freiheit“ lauter sprechen lassen. Jeder der folgenden Sätze ist ohne Aenderung einer Goebbelsrede in Dortmund entnommen, über die die nationalsozialistische „Westfälische Landeszeitung“ in ihrer „Folge 340“ unter der Überschrift berichtet: „Der Doktor spricht.“

Laufige Zeiten

Es ist nicht wahr, wenn unsere Gegner heute sagen, wir wären demagogisch in den Versammlungen mit feilen Versprechungen wie Brombeeren herumgegangen, im Gegenteil, soweit wir zum Volk sprechen konnten, haben wir gesagt: Es wird eine harte, schwere Duldung, Opfer- und Leidenszeit geben, und in dieser Zeit muß das Volk darüber entscheiden, ob es überhaupt noch ein nationales Schicksal und eine nationale Zukunft zu vergegenwärtigen hat.

Anhängen!

Sie laufen hinter der Zeit her mit einer asthmatischen Beklommenheit. Es sind die Menschen, die niemals Geschichte machen, für die die Revolution sozusagen ein Selbstzweck ist. Für uns war die Revolution ein Mittel zum Zweck, und der Selbstzweck, den es zu erfüllen galt, ist die Erhaltung des Lebens unseres Volkes. (Bravo!) Wenn mir einer entgegentritt: „Auch im Dritten Reich werde ich ewig Revolution machen“, dann kann ich ihm nur zur Antwort geben: „Dann nimm dich in acht, daß du eines Tages nicht aufgehängt wirst!“

Die totale Unpopularität

Die nationalsozialistische Staatsführung hatte, als sie die Macht übernahm, auch nicht die Möglichkeit, sich populär zu machen, denn die Zeiten waren vorbei, wo man von der Hand in den Mund leben konnte. Unsere Politik war nun mittlerweile ein ganz ernstes Duell mit dem Schicksal geworden. Entweder oder. Und wir durften deshalb auch nicht davor zurückschrecken, wenn es nötig war, unpopuläre Maßnahmen zu treffen. Das hatten wir auch in der Vergangenheit getan. Wir waren ja nicht immer populär gewesen, sondern wir waren erst populär geworden, und zwar dadurch, daß wir in der Vergangenheit etwas taten, was die meisten nicht für richtig hielten. Und so wie unsere Politik populär wurde, wurden wir dann auch populär. Auch heute ist es so. Wir müssen manches tun, was der eine oder andere nicht versteht. Wir tun das, weil wir es für richtig halten und weil wir den Ruhm des Vaterlandes im Auge hatten. Im allgemeinen ist es ja nicht sehr populär.

Keinen Beifall in der Gegenwart

Aber ich bin überzeugt, wenn wir durch ein opferreiches Leben nach und nach die deutsche Verschuldung abtragen, daß unsere Ehre uns dafür dankbar sein werden, daß wir es getan haben und daß wir den Mut hatten, unpopulär zu sein. Im Grunde genommen ist es uns nicht darum zu tun, den Beifall der Gegenwart, sondern den der Zukunft zu erwerben. Die Zukunft soll uns verstehen und die Zukunft

Verschwörernest der russischen Weißgardisten „Farsi“ Awalow-Bermond steht an ihrer Spitze

Von unserem Korrespondenten

Paris, 15. Dezember.

Die „Gumante“ macht im Zusammenhang mit der Ermordung Kirov's folgende Enthüllungen über die Tätigkeit russischer Weißgardisten in Berlin:

Der Nachantritt Hitlers und seiner Nazimörder ist von den weißen Emigranten begeistert begrüßt worden. Sofort seien russische nationalsozialistische Organisationen gebildet worden, die in direkter Abhängigkeit von den Naziführern des Reiches hängen.

Die Organisation der russischen Nazis führte anfangs die Bezeichnung „Rond“, die Abkürzung für „Rossijskoié national-sotsialisticheskoié dviniénie“. Ihr Führer war A. P. Swietozarov.

Die russischen Nazis in Deutschland gliederten sich in uniformierte Sturmabteilungen. Sie nahmen an allen Hitler-Rundabenden teil. Auch hielten sie ihre Zusammenkünfte in den Kaminen der deutschen SA ab. (In Berlin in der Brandenburgerstraße Nr. 89; dann im Victoria-Garten, und schließlich schlugen sie ihr Büro in der Berliner Straße 14 in Bismarcksdorf auf, während sie dieselben Versammlungsorte beibehielten.)

Infolge von Interventionen (von Seiten der russischen Regierung, D. Red. der D. R.) wurde der „Rond“ im letzten Winter aufgelöst, um sich aber in anderer Weise von neuem

zu bilden. Bei der „Wiedergeburt“ am 9. Januar 1934 verlor die Vorsitzende der Vereinigung der „Anarussen“, Kozem-Bed, die Verbindung seiner Organisation mit Hitler zu leugnen. Aber Kozem-Bed gab schließlich zu, daß der „Rond“ seine Tätigkeit unter neuem Namen und in neuer Gestalt wieder aufgenommen habe.

Diese neue Organisation heißt „Nationalsozialistische russische Liga“. Sie arbeitet in enger Verbindung mit dem wehrwirtschaftlichen Stabschef, General Miller in Paris.

Die russischen Nazis erhalten ihre Befehle von den Herren Deutschlands, vor allem von Alfred Rosenberg. Die Weißrussen erhalten eine ähnliche Ausbildung, wie die in... Pantka Pankta. Die jungen russischen Nazis werden in der Führung der Waffen von Reichswehroffizieren ausgebildet.

Die russischen Faschisten in Lettland, Estland, Finnland, Polen und Jugoslawien stehen noch in enger Verbindung mit der Berliner Organisation. So ist der Führer des Baltikum-Abenteurers und baltische „Farsi“ Awalow-Bermond, der für Rechnung der Hitler-Rosenbergs dort intrigiert. Am 24. April schrieb die litauische Zeitung „Naumafas Biltas“:

„Es ist für niemand ein Geheimnis, daß hinter Awalow-Bermond Hitler und Rosenberg stehen und Bermonds Pläne in Wirklichkeit ihre Pläne sind. Bermond ist nur derjenige, der, wie 1919, sie auszuführen hat.“

Soll unsere Namen in das Buch der Geschichte mit Achtung und Ehre eintragen.

Nichts Gutes und nur Böses

Wir konnten ja auch um so eher unpopulär sein, da wir keiner besonderen Volksgruppe verpflichtet waren. Es war nicht etwa so, als hätten uns die Bauern oder die Arbeiter oder die Handwerker gerufen, nein, uns berief das deutsche Volk. Wenn wir einem besonderen Stand unsere Hilfe angedeihen ließen, dann um damit direkt und indirekt dem Volke selbst zu helfen. Wenn wir beispielsweise sagten, zunächst kommt die Sanierung des Bauernums, und wenn wir die in die Wege geleitet haben, kommt der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit, so taten wir das nicht, weil wir etwa bauernfreundlicher als arbeiterfreundlich gewesen, sondern weil wir in dem Bauerntum den Urquell und die Grundlage des deutschen Wortes wurd, herausgezogen hatten, in dem Augenblick in dem wir diese beiden wirtschaftlichen Kardinalprobleme aus dem Wust der ungelösten Fragen, der uns überantwortet wurde, herausgezogen haben, in dem Augenblick konnten wir auch die allgemeine Aufmerksamkeit, die Arbeit des Staates und des Volkes auf diese beiden Kardinalprobleme konzentrieren. Es ist ganz natürlich, daß die Lösung dieser beiden Probleme auch eine Reihe von Nachteilen mit sich führen muß. Es gibt auf der Welt nun einmal nichts, was nur gut wäre. Alles Gute mischt sich mit Bösem. Und jeder Vorteil schließt einen gewissen Nachteil in sich. Wenn man beispielsweise sagt, ja, die Preise für Butter, für Gemüse, für Kartoffeln sind gestiegen, so gebe ich das zu; demgegenüber aber steht die große Aufgabe, die wir bereits gelöst haben, nämlich die Rettung des deutschen Bauernums und die Ernährung des Volkes aus eigener Scholle. (Über die Bauern sind am meisten enttäuscht, Red. d. „D. F.“)

Nicht Staatsbürger, sondern Fürsorgezöglinge!

Einfach zu kritisieren und zu sagen, daß die Rohstoffe und Devisenvorräte knapper geworden sind, das ist nicht fair, sondern unfair ist. Vorteil und Nachteil gegeneinander abzuwägen und zu untersuchen, ob der Vorteil oder der Nachteil bei einer leidenschaftslosen Prüfung größer ist. Und was taten Sie in der Republik, Herr Goebbels? Red. d. „D. F.“ Selbstverständlich haben wir das vorausgesehen. Wenn man mir dann sagt, das hättet ihr dem Volke früher sagen sollen, so sage ich, wir würden dem Volke keine Sorgen auf, die es gar nicht zu tragen braucht. Die Regierung hat die Pflicht, diese Sorgen zu tragen, dafür regiert sie ja. Das Volk soll nicht mit Sorgen belastet werden, sondern mit der Fürsorge der Regierung betreut werden. (Bravo!) Denn das ist ja auch der Sinn des Wortes. Fürsorge heißt da nichts anderes als Vorsorge, also daß die Regierung sich eher Sorge als das Volk sich sorgt. Das haben wir getan, weiter nichts.

In ein „falsches Dorf“ marschiert

Die Operation, die wir in der deutschen Politik vornehmen mußten, war ein Krieg, und die Arbeitsschlacht, die wir führten, war eine Offensive im Wirtschaftskampf. Und da mußte einer kommandieren und die anderen marschieren, auch wenn Fehler gemacht wurden. Denn es ist immer noch besser, eine Kompanie marschiert gemeinsam in ein falsches Dorf, als der Hauptmann den Soldaten die Erlaubnis gibt, sich nach rechts und links zu entfernen.

Der Millionär als Geldverächter

Wir halten uns nicht als zum Genuß geboren, sondern unser Genuß besteht darin, unsere Arbeit und unsere Pflicht zu erfüllen. Wir sind von einer souveränen Verachtung des Geldes erfüllt. Wenn es uns Geld gegangen wäre, wir wären nicht in die Politik hineingegangen. Es geht uns nicht darum, für die Gegenwart uns Ruhm und Ehre zu erwerben, sondern wir haben nur einen Ehrgeiz, nämlich unseren Namen auf die Nachwelt zu vererben.

Und gar so großzügig!

Nein, wir haben mit Disziplin die Situation gemastert, und wenn man mir entgegenhält, ja, das hat Opfer gekostet, man hat einen von den roten Hebern hat sein Leben dabei gelassen, dann sage ich Euch, lieber ein paar rote Heber über die Klinge springen lassen, als daß das deutsche Volk untergeht. Im übrigen sind wir so großzügig verfahren, wie überhaupt eine Revolution verfahren kann. Wir haben uns gewiß nicht in unserer Macht gelohnt und haben nicht unser Mächtig an dem Gegner gekühlt, sondern wir haben dem ganzen Volke unsere offene Hand entgegengehalten.

Ueber allem die Parteibonjokratie

Es kommen manchmal viele Leute mit der Frage an uns: Jetzt habt ihr alle Parteien aufgelöst, warum nicht eure? Da sage ich, nein, wir haben allerdings die anderen Parteien aufgelöst, weil wir gegen die Parteien sind. Wir behalten aber unsere Partei, um dafür zu sorgen, daß niemals wieder andere Parteien entstehen.

Auch die Konfessionen kommen dran

Man sagt, man könnte doch den Zeitungen größeren Spielraum geben. Ich kann als alter Sachmann auf diesem Gebiete ein sehr gewichtiges Wort mitsprechen. Ich glaube, es gibt in Deutschland keine Zeitung, die so oft wie die meinige ehemals verboten worden ist, nämlich achtzehnmal, und auch die revolutionäre Sabotagearbeit ist mir nicht ganz fremd. Etwas verleihe ich auch von dem Geschäft. Und wenn ich dann diese albernsten Versuche von reaktionären oder konfessionell gebundenen oder jüdischen Kreisen vernehme, die sich an uns reiben wollen, da kann ich ihnen nur sagen: Aufseher! (Stürmischer Beifall.)

Ein Nichtsaarländer im Abstimmungskampf Strafanzeige gegen den Rechtsanwalt Professor Dr. Grimm

In den Abstimmungskampf verlor der Nichtsaarländer Rechtsanwalt Dr. Grimm aus Offen durch öffentliche Reden, Zeitungsartikeln in der gleichgeschalteten Presse und durch eine breite Verteidigungsrede in dem am 21. Dezember stattfindenden Prozeß der „deutschen Front“ einzutreten.

Ein Abstimmungsberechtigter hat nun folgende Anzeige erstattet:

Saarbrücken, 15. Dezember.

An die Staatsanwaltschaft beim Obersten Abstimmungsgericht

Ich stelle hiermit Strafantrag gegen Rechtsanwalt Professor Dr. Grimm, Offen, wegen Verleumdung, Verleumdung und Verleumdung gegen die Verordnung der Regierungskommission. Grimm hat ein Buch herausgegeben: „Frankreich an der Saar“, in dem er die Anhänger der Status-quo-Bewegung als Verräter und als von Frankreich gekaufte Subjekte bezeichnet. Als ich gestern in einer Saarbrücker Zeitung las, daß Grimm nicht nur in

Saarbrücken eine politische Rede gehalten hat, sondern daß er auch vor dem Obersten Abstimmungsgericht Pirro und Genossen am 21. Dezember verteidigen würde, habe ich mir des Interesses halber sein Buch in einer Buchhandlung hier gekauft. In den Kapiteln: „Der Status-quo“, die „Hoffnung auf Zwietracht und Verwirrung“ und ganz besonders in dem Abschnitt „Verräter und Interessenten“ wimmelt es von Verleumdungen, durch die ich mich als überzeugter Anhänger der Status-quo-Bewegung beleidigt fühle. Ich stelle auch wegen dieser Verleumdungen ausdrücklich Strafantrag.

Ich bitte die Verhaftung von Grimm durchzuführen, sofern er sich noch auf saarländischem Boden befindet oder sobald er den saarländischen Boden betritt. Er ist fluchtverdächtig, da er durch eine Flucht ins dritte Reich sich jeder Verantwortung entziehen kann.

Von dem Beauftragten bitte ich mich in Kenntnis zu setzen, sobald die Anklage erhoben ist, will ich mich dem Verfahren als Nebenkläger anschließen.

gez. Unterchrist.

Die Wilhelmstraße gegen „Sonderbeauftragte“ Der verhinderte Diplomat Rudolf Heß

Paris, 15. Dezember.

(Von unserem Korrespondenten)

Der Sieg der Wilhelmstraße, d. h. des Auswärtigen Amtes in Berlin über die Nazivolitiker tritt deutlich dadurch in Erscheinung, daß jetzt plötzlich Geheimrat Aischmann, der als Ministerialdirektor im Auswärtigen Amt dieses in der Reichsregierung, dem Propaganda-Ministerium, vertritt, nach Paris entsandt worden ist. Die die „Deutsche Freiheit“ schon mitteilten konnte, war die zünftige Diplomatie in Hitler-Deutschland keineswegs erbaut davon, daß Herr von Ribbentrop ständig als „Sonderbeauftragter“ des Reichsführers in der Weltgeschichte herumreife, ohne daß er der Kontrolle des Auswärtigen Amtes unterstehe; nun sollte auch noch der „Stellvertreter des Führers“ die Wilhelmstraße unentbehrlich machen. Das war den Herren im Auswärtigen Amt etwas zu viel. Ein kleines Spiel, über dessen Einzelheiten man wohl kaum amtlicherseits erfahren wird, führte dazu, daß im letzten Augenblick Herr Heß zurückgepfiffen wurde.

Jetzt hat man Geheimrat Aischmann auf die Reise nach Paris geschickt. Soll er etwa nur Quartiermacher für Heß werden, der nach der Saarabstimmung hierherkommen möchte? Es scheint nicht so. Man rechnet sogar hier damit, daß die Heßreise auf den Sanft Nimmerkindstag ver-

schoben ist. Aber Aischmann kommt nach Herrn von Ribbentrop und nach einem anderen, mit dem die Wilhelmstraße immer gern zusammengearbeitet hat, Herrn von Verdner. Er kommt in dem Augenblick, wo Litwinow in Berlin seinem deutschen Kollegen Herrn von Neurath deutlich erklärt, daß Sonderverhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich genau so unmöglich sind wie solche zwischen Deutschland und Sowjet-Rußland. Die *conditio sine qua non* ist Ditters Unterchrist unter den Diktator.

Eine bittere Pille für Dittler und seine Getreuen. Werden sie schlucken, und riskieren sie damit nicht die noch sehr junge Freundschaft mit Polen zu verlieren? Der österreichische Bundeskanzler und sein Außenminister führen in Budapest Gespräche mit Gömbös. Ihr Sinn ist, Ungarn in eine Richtung zu drängen, die es den Italienern ermöglicht, die Entente mit Frankreich abzuschließen, ohne die ungarische Freundschaft zu opfern. Das aber würde bedeuten, daß Ungarn in Zukunft für Deutschland kein Atinopfen sein könnte. Deutschland in „splendid isolation“ — bittere Aussichten für die Dittler-Diplomatie!

Verständigung mit Frankreich — und das möglichst bald, das ist die Parole der Berliner Herren, und die dem Zweck dient Geheimrat Aischmanns Besuch in der Sejmstadt. Verhandlungsverhandlungen nach vor der Saarabstimmung; denn die Vorschriften von der Saar lauten beunruhigend. Ditters 67 Prozent (sind) sollen ins Bankrott geraten sein...

Korrumpierte Hitlerbonzen

12 000 Mark unterschlagen und versoffen

Dessau, 14. Dez. Die Erste Strafkammer verhandelte wegen Untreue und Unterschlagung zum Schaden des deutschen Volkes gegen den Währungs Paul Poppenther, der angeklagt war, vom Mai 1933 bis zum Juni 1934 als nebenamtlicher Zahlstellenleiter der Bank der Deutschen Arbeit 8800 Mark und als Verwalter des Hauses der Deutschen Arbeit in Dessau zum Schaden der „deutschen Arbeitsfront“ 3743 Mark veruntrent zu haben. Der Angeklagte gab seine Schuld rückhaltlos an. Er hat das Geld für Beschulung usw. verbraucht. Das Urteil des Gerichts lautete auf drei Jahre Zuchthaus und 1000 Mark Geldstrafe.

Eine Blüte des „dritten Reichs“

H. Der Ortsgruppenleiter der „deutschen Arbeitsfront“ aus Groß-Pöckel, Walter Röbel, hat in seiner einjährigen Amtszeit große Unterschlagungen gemacht, von denen vor dem Altonaer Schöffengericht jetzt 8000 Mark angegeben wurden. Die Gelder, die er der Kasse des Metallarbeiterverbandes entnommen hatte, verlor er mit einem Mädchen auf kostspieligen Veranlassungen. Seine Freunde halfen ihm, die Unterschlagungen zu vertuschen, bis sie einfach nicht mehr zu verheimlichen waren.

Trotzdem die Sache bereits ins Rutschen gekommen war, fuhr Röbel nach einem neuen Griff in die Kasse mit seiner Freundin in den Harz und machte den großen Herrn. Da die einwunden Gelder nicht reichten, empfahl er sich französisch, ohne seine dortigen Schulden zu bezahlen.

Diese Blüte des „dritten Reichs“ wurde zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr und zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Die Verurteilung erfolgte wegen Untreue. In der Urteilsbegründung heißt es ausdrücklich, daß bei dem durch Röbel verursachten Fehlbetrag die Summe von 8000 Mark „als Minimum“ angenommen worden wäre.

Welch ein Lügner!

In seiner Rede vor den ausländischen Diplomaten hat Ministerpräsident Göring u. a. gesagt: Wenn die Behauptung aufgestellt wird, daß die Konzentrationslager Folterstätten seien, so erkläre ich dergestaltige Behauptungen für frei erfunden und böswillig erdacht.

Das sagt dieser Mensch, obwohl er weiß, daß jeden Tag zehntausende Zeugen und mehr gegen seine Lüge auftreten können.

Wir sind nicht so naiv, zu glauben, daß das ganze Volk Schulter an Schulter nationalsozialistisch geworden wäre. Im Gegenteil, wir kennen unsere Pappenhäuser und werden uns mit ihnen schon auseinanderzusetzen. Kommt Zeit, kommt Rat, nur nicht drängeln, es kommt jeder dran.

Liebling des Volks zu sein...

Daß die Emigranten uns nicht leiden mögen, kann uns nicht verwundern. Die Pariser Zeitungen schreiben, wir hätten uns am Samstag bei der Sammlung von drei Kriminalisten bewachen lassen. Sie können sich gar nicht vorstellen, daß Minister vom Volk geliebt werden...

Wie geradezu entzückend die Volksliebe zu Goebbels und seinen Kumpanen ist: jeder Satz dieser Rede beweist es.

Leizter Termin: 1. März

Der protestantische Kirchenstreit

Berlin, 15. Dez. Im evangelischen Kirchenstreit soll die Regierung den freireligiösen Parteien innerhalb der Kirche eine Frist bis zum 1. März gesetzt haben, um die Einheitskirche zu schaffen. Sollte dies nicht gelingen, so will die Regierung die Drohung, die Zuschüsse an die 28 Landeskirchen zu sperren und damit die evangelische Kirche finanziell ihrem Schicksal zu überlassen, wahr machen.

Bischof Gröber gegen den „Deutschtum“

Ein neuer katholischer Appell

Freiburg, 15. Dez. Der Erzbischof von Freiburg, Konrad Gröber, hat anlässlich des bevorstehenden Weihnachtsfestes einen Aufruf zur Verteidigung des Glaubens erlassen. Auf religiösem Gebiet würden sich die Geister verwirren und man erachte sogar den günstigen Augenblick für gekommen, um mit dem Christentum in Deutschland aufzuräumen und einen Deutschtum an seine Stelle zu setzen. Es sei deshalb die Pflicht des Katholiken, als Einzelperson und im geschlossenen Ganzen als Christ sowohl wie als Patriot für seinen katholischen Glauben einzutreten und sich unter die Fahne des Christentums zu stellen. Für alle Streiter im Heere des Christentums gelte das bindende Wort: „Sie werden es nicht vermögen, die Kirche zu überwältigen.“ Die katholische Kirche könne in ihrem Kampfe nur Männer brauchen, die auch dann unbeirrbar seien, wenn sie Opfer für Christus und die Kirche bringen müßten. „Was das neue Jahr bringe, das wisse Gott.“

„Vie von uns...“

Berlin, 14. Dez. In Berlin und im Reich werden die einheitlichen Erklärungen der Nationalsozialisten in ihren Predigten vom letzten Sonntag mit wachsender Beifriedung besprochen, deren Sinn es war daß die Zeit der großen Prüfung nicht etwa vorbei sei, sondern erst noch kommen werde. Der Berliner Komplexer Richter sagte in diesem Zusammenhang sogar, daß „viele von uns wohl zum letzten Male Advent feiern werden“. In großer Unruhe sieht man allgemein den neuen Gewaltmaßnahmen entgegen, die das Hitlerregime nach der Saarabstimmung nicht nur auf politischem, sondern auch auf kirchenpolitischem Gebiet treffen wird.

„Kauft nicht beim Juden.“

Darmstadt, 15. Dez. Ueber die Zuschußnahme eines jüdischen Geschäftsmannes veröffentlicht die „Lampert-Heimer Zeitung“ folgende Mitteilung:

„In der Nacht zum Mittwoch wurden durch unbekannte Täter an verschiedenen hiesigen jüdischen Geschäftshäusern Beschriftungen angebracht mit dem Wortlaut: „Kauft nicht beim Juden“. Während der eine Geschäftsinhaber die Schrift entfernen ließ, änderte der andere den Schriftzug, indem er das Wort „nicht“ in „doch“ abänderte und am Schluß das Wort „billiger“ hinzufügte. Ansolge dieses Vorgangs erfolgte gegen 5 Uhr abends eine Ansammlung vor dem Schönbühlmann, die jedoch bald zerstreut wurde, nachdem man den Demonstranten mitgeteilt hatte, daß die hiesige Polizei den Sohn des Inhabers Franz Mann bereits am Nachmittag in Schubhaft genommen hatte.“



Für DEUTSCHLAND gegen HITLER

Programm der Einheitsfront nach dem Siege

Clemenceaus Saarfranzosen

Die „Saar-Volksstimme“ fest ihre Enthaltungen über Clemenceaus Saarfranzosen fort. Heute bringt sie das Schreiben einer großen Anzahl von Einwohnern von Greiborn an Clemenceau. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„An Ministerpräsidenten
Clemenceau.

Wir Unterzeichneten wenden uns an Herrn Ministerpräsidenten mit der Bitte, dafür eintreten zu wollen, daß wir möglichst bald der französischen Republik als gleichberechtigter Bestandteil angehören dürfen. Geographisch haben wir von jeher zu Vothingen gehört und wirtschaftlich sind wir nicht von ihm zu trennen. Unsere Lebensinteressen erfordern unter allen Umständen den Anschluß ans alte Mutterland. Die preussische Verwaltung hat uns nach allen Regeln der Kunst geknechtet und ganz besonders in diesem Kriege. Sie hat die östpreussischen Junker hier in die Verwaltung gesetzt, um unsere inneren Gefühle mit allen Mitteln zu dämmen und auszurotten. Indem wir überzeugt sind, daß uns Frankreich Gerechtigkeit bringen wird, wiederholen wir unseren Wunsch Franzosen zu werden.“

Dieses Schreiben ist seinerzeit von einer Anzahl von Personen unterzeichnet worden, die heute aktiv in der Rüdinger-Partei tätig sind, und die namentlich von der „Saar-Volksstimme“ aufgeführt werden.

Während der französischen Besatzungszeit sind diese Leute der matrikulierten Arbeiterschaft in ihrem Kampf um die Erhaltung der deutschen Saar in den Rücken gefallen. Heute wagen dieselben Leute, für sich das „Deutschtum“ in Erbpacht zu nehmen, und diejenigen deutschen Männer und Frauen, die die Saar vor der Hitlerbarbarei bewahren wollen, als „Separatisten“ und „Landesverräter“ zu beschimpfen.

Erstickungstod?

Saarfragen in der Pariser Presse

Paris, den 14. Dezember.
(Von unserm Korrespondenten)

Diejenigen, die sich nicht erst seit heute und gestern mit dem Saarproblem beschäftigen, wissen genau — und sie denken mit Schrecken an die Folgen — daß in Genf durchaus nicht alle die wirtschaftlichen Fragen gelöst worden sind, die nach dem 13. Januar ihrer Lösung harren.

Daran erinnert Paul Ebel in „L'Ordre“. Er fragt, was werden geschehen, wenn Deutschland am 13. Januar die Mehrheit erhalte? Werden man es dann erleben, daß eine scharfe Kollisionslinie sich zwischen Frankreich und dem Saargebiet ziehen werde? Werden Frankreich dann von einem Tage zum anderen diese gewaltig große Kundenschaft verlieren? Werden umgekehrt die Saar verurteilt werden, den Erstickungstod zu sterben, weil sie in Frankreich nicht mehr den notwendigen Absatzmarkt finden werde?

Die Frage ist wirtschaftlich, ebenso für die französischen Exporteure wie für die Saarbevölkerung selbst, die sich in einigen Wochen einer furchtbaren Krise der Überproduktion, Arbeitslosigkeit und allgemeinen Teuerung gegenübersehen könne.

Nun gibt die Saar auch schon zu humorvollen Exkursen in Frankreich Anlaß. Der in der Stavitsky-Affäre vielgenannte Polizei-Inspektor Bony war kürzlich verhaftet worden. Er drohte mit Enthaltungen, weigerte sich aber vor dem Stavitsky-Anschluß der Kammer, seine Geheimnisse preiszugeben. Am Mittwoch ist nun seine Freilassung erfolgt, und humorvoll bemerkt „Petit Bleu“ aus diesem Anlaß:

„Bony hat Bony im Triumph das Gefängnis verlassen, da soll er auch schon in seiner Eigenschaft als Spezialist für Diskretionen in das Saargebiet geschickt werden, um — das Wahlschicksal zu sichern...“

Braune Justiz

„In der ganzen Welt acht das Bestreben dahin, die Rechtsprechung aus dem Abstrakten zu lösen und mit dem Volksgesühl in Einklang zu bringen. An der Saar geht man den umgekehrten Weg.“

So schreibt die „Saarbrücker Zeitung“ zu der Beurteilung des Hauptmeisters der Landesleitung der „deutschen Front“, Karl Jäger, der wegen Widerhandlungsleistung und Beamtenbeleidigung vom Obersten Abtunnungsgericht zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Er hatte eine Hausstrafe bei der „deutschen Front“ mit allen Mitteln zu verhindern versucht, und das Oberste Abtunnungsgericht hat ihm die gebührende Antwort gegeben. Das Urteil wird daher in der deutschen Presse als vollstreckt und drakonisch gekennzeichnet. Die „deutsche Front“ heilt die Erschütterung der ganzen Saarbevölkerung über dieses Urteil fest, nennt den Vorfall eine Vapallie und schreibt weiter und mordisch:

Am gleichen Tage, als Herr Jäger zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, hat in Dortmund ein Prozeß wegen sogenannter Vorbereitung zum Hochverrat gegen 78 Antifaschisten stattgefunden. Menschen — die „Saarbrücker Zeitung“ sollte es sich merken —, welche nichts weiter getan haben, als den Verlust gemacht, ihre Meinung frei zu äußern. Sie haben keinem Schupo, keinem SA-Mann etwas zuleide getan, sondern durch Verbreitung von Flugblättern die wahre Situation in Deutschland gekennzeichnet. Wenn die „Saarbrücker Zeitung“ für ein solches Vergehen eine Durchschmittstrafe von anderthalb Jahren Zuchthaus oder Gefängnis vielleicht auch vollstreckt, und ist es nicht drakonisch, daß gegen die Angeklagten insgesamt 147,8 Zuchthaus- und 68,8 Jahre Gefängnis verhängt worden sind? Wo bleiben die Protokolle der „deutschen Front“? Wo bleiben die barbarischen Urteile, das doch zeigt, wie ungerecht es ist, die Rechtsprechung im braunen Deutschland schmickend zu lösen.
J. B.

Die sozialistisch-kommunistische Einheitsfront im Saargebiet erläßt einen durch ihre Führer Max Braun und Fritz Pfordt gezeichneten Aufruf, der als Grundlage und Richtschnur ihres Handelns für den Ausbau des Selbstbestimmungsrechts der Saarbevölkerung nach dem Siege des Status quo folgende programmatische Forderungen erhebt:

1. Das Saargebiet ist deutsch und wird auch während der Uebergangszeit bis zum Anschluß an ein freies Deutschland deutsch bleiben. Darum Erhaltung und Pflege deutscher Sprache und deutscher Kultur unter Ausschaltung der nationalistischen Krieger-, Völkerver- und Rassenverbände.
2. Uneingeschränkte Versammlungs-, Presse-, Koalitions- und Streikfreiheit, Freiheit der politischen Gesinnung und Betätigung, Unverletzlichkeit der politischen, gewerkschaftlichen und gewerblichen Organisationen der Arbeiter, Beamten, Bauern, des Handwerks und des Kleinhandels.
3. Freiheit der religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisse, Unverletzlichkeit der kirchlichen Einrichtungen, der konfessionellen Organisationen und Vereine.
4. Säuberung der Justiz, der Polizei und des Landjägerkorps, des Schulwesens, des gesamten übrigen Staatsapparates und der Selbstverwaltungskörperschaften von aktiven Agenten der Würfel und Pirro, Gewährung einer umfassenden Amnestie.
5. Erhöhung der Realöhne und der kleinen Gehälter, Erhöhung der durch die Genfer Beschlüsse bereits garantierten Renten und aller sonstigen Sozialbezüge, ausreichende Unterhaltungen für alle Erwerbslose und Wohlfahrtsempfänger einschließlich der Jugendlichen und der Frauen, Allgemein verbindliche Tarife, von den Beschlüssen getrieben und von den Unternehmern unabhängige Betriebsräte, Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich, Beseitigung des Krümpersystems, Entlassungsschutz durch Mitbestimmung der Betriebsräte, Ausbau des Arbeitsrechts und der Sozialversicherung.
6. Verbot des militarisierten Arbeitsdienstes und jeder Form von Zwangsarbeit, großzügige Arbeitsbeschäftigungsmassnahmen in tariflichen Bedingungen unter besonderer Berücksichtigung der Jugend, Sicherstellung der Berufsausbildung der Jugend.
7. Staatliche Selbstverwaltung derjenigen Gebiete, deren Rückgabe von der französischen Regierung bereits zugesichert wurde, und Verbot ihrer Auslieferung an das Privatkapital, Ausschaltung wucherischer Monopolgegewinne bei der Strombelieferung und Aufhebung volkschädigender Verträge der Gemeinden mit Privatkapitalisten, Vereinfachung von billigen Hypotheken und sonstigen Krediten für die kleineren und mittleren Betriebe in Landwirtschaft, Handel und Gewerbe, Förderung der Klein- und mittelbäuerlichen Produktion unter schärfster Ablehnung des Erbschaftes und des im „Dritten Reich“ bestehenden Ablieferungszwanges, Sicherung des bäuerlichen Ablasses zu ansehnlichen Preisen, Herabsetzung der massenbelastenden Steuern

und Abgaben auch für den Mittelstand, für die Bauern, Kleinbändler, Handwerker usw. Besonderer Schutz des Klein- und mittelbäuerlichen Besitztums.

8. Beibehaltung der stabilen Währung und Schutz gegen Inflationsverluste durch den bereits begonnenen Marktschwund, Sicherung aller saarländischen Rechte auf Reichsmarkforderungen.
9. Einführung scharfer Besitzsteuern unter gleichzeitiger Erhöhung des steuerlichen Existenzminimums der Minderbemittelten, Kürzung der überhöhten Gehälter bei den Behörden; Sonderbesteuerung der hohen Einkommen, der Dividenden und Aufsichtsratsanteilen in den Privatbetrieben.
10. Neuorganisation des Bildungswesens einschließlich der wissenschaftlichen und künstlerischen Fortbildung, Schaffung eines Hochschulwesens, Unterdrückung jeder Auktoralreaktion, Uneingeschränkte Zulassung der Kinder der Werktätigen zu sämtlichen Bildungsanstalten.

Die Einheitsfront erklärt, daß dieses Programm ein unzerstörlicher Bestandteil ihres Kampfes um die Rechte und Freiheiten des Volkes darstellt.

Jede einzelne dieser selbstverständlichen Lebensforderungen eines freibleibenden Volkes wird im Reich der braunen Volksbedrücker und Kulturzerstörer mit Füßen getreten, mit Konzentrationslager verfolgt und der Kampf für sie mit Kerker und Schafott gekämpft. Schon die bloße Erwähnung solcher Forderungen, jede Erinnerung der Deutsch-Front-Berätigen an die früher gemachten Versprechungen würden in einem gleichgeschalteten, braunen Saargebiet als Mißmachertum, als Hoch- und Landesverrat bestraft werden.

Um Freiheit und Zukunft des Saarvolkes zu sichern, um dem deutschen Volk bei der Niederwerfung der Anechtlichkeit zu helfen, müssen alle Schichten des schaffenden Volkes, ob Kommunisten oder Sozialdemokraten, ob Katholiken oder Weltkrieger in der „deutschen Front“ sich in der Volksfront gegen Hitler vereinigen und den Sieg des Status quo erkämpfen!

Deshalb rufen wir das ganze schaffende Volk an der Saar zur Kiesen-Deerchau der Volksfront gegen Hitler am 6. Januar in Saarbrücken auf, Sulzbach — das war der Aufmarsch des Durchbruchs! Der 6. Januar — das wird der Aufmarsch des Sieges sein! Keiner, der die Freiheit des Volkes liebt, keiner, dem die Zukunft des Saarvolkes, die Zukunft Deutschlands am Herzen liegt, darf in den Reihen der antisemitischen Armeeschiele, die am 6. Januar in Saarbrücken den Sieg des Status quo verkündet!

Für die Freiheit — gegen die Anechtlichkeit!
Für den Frieden — gegen den Krieg!
Für Deutschland — gegen Hitler!

Alles am 6. Januar nach Saarbrücken!

Im Namen der Einheitsfront:
Max Braun Fritz Pfordt

Warnung an die konfessionelle Jugend der Saar

Von protestantischer Seite wird uns folgendes vertrauliche Schreiben des Reichsjugendpfarrers an den Reichsjugendführer zur Verfügung gestellt:

Ich muß von dem Reichsjugendführer verlangen, daß er jeder dienstlichen oder moralischen Degradierung eines evangelischen Jungen oder Mädels, das selber Wert auf ein christliches Christsein und auf die Beteiligung an kirchlichen Veranstaltungen legt, mit ungeschminkter Deutlichkeit entgegentritt. Das wäre eine läuglich fällige Pflicht der Anständigkeit gegenüber dem Vertragspartner vom 19. 12. 1933.

Ich hatte mir nicht träumen lassen, daß ich als Pfarrer mich einer Sache annehmen müßte, die scheinbar bei der SA in besten Händen war, tatsächlich aber von ihr dauernd mit Füßen getreten wird, nämlich der Ehre der von mir eingeliederten Jugend.

Der Kampf für die Ehre der Jugend ist nicht nur das Vorrecht, sondern auch in allererster Linie die Pflicht gegenüber der evangelischen Jugend in der SA, so macht er damit die Eingliederung nachträglich rückgängig gegen Treu und Glauben des Abkommens vom 19. 12. 1933.

Spricht der Reichsjugendführer nicht in kürzester Frist vor seiner gesamten Jugend und vor der gesamten Führerschaft ein sehr deutliches Bekenntnis für die Achtung vor aller christlichen Jugendarbeit, für die dauernde persönliche Verbindung aller seiner Unterführer mit den zuständigen Jugendarbeitern der evangelischen Kirche zwecks sofortiger Vereinfachung jedweder Unstimmigkeit und gegen jedwede Behinderung evangelischer Jugendarbeit, und ist er nicht in der Lage, die Durchführung eines solchen Befehls zu erreichen,

so kann ich die Verantwortung für ein Verbleiben der Kinder evangelischer Eltern, der Konfirmanden und der von mir eingeliederten Jugend in der SA, nicht mehr tragen. Der Reichsjugendführer lautet: „Neben Konfession wird bei uns nicht getrieben.“ In Wirklichkeit wird in zahlreichen Führerschulen eine intensive Werbung für die Hitlerbewegung oder für ein christenunfeindliches Verhalten getrieben. Die verheerete oder offene Wählerarbeit gegen das Christentum vertritt sich nicht mit einem ehrlichen Verhält-

nis von SA und evangelischer Kirche, besonders dann nicht, wenn nach außen scheinbar alles in Ordnung und die „konfessionelle Neutralität“ gewahrt ist.

Eine Jugend wird durch dieses doppelte Gesicht der Führerschulen zum Vagner erzogen und nirgendwo ist Lüge so schamlos wie in religiösen Dingen.

Meine künftige Zusammenarbeit mit dem Reichsjugendführer wird davon abhängen, ob er wieder ein von ethischer Verantwortung getragenes Kameradschaftsverhältnis zur evangelischen Jugend erhebt oder ob er mich mit mehr oder weniger launigen Erklärungen oder auch mit bedeutungsvollem Schweigen hinzuhalten versucht.

Wenn wir uns nicht endlich wieder mit offenem Biss begegnen, ist in der Tat jede Fühlungsvernahme überflüssig. Das Ausweichen des Reichsjugendführers in den entscheidenden Fragen, die zwischen Kirche und SA, vorhanden sind, erscheint mir weder nötig noch ehrlich und muß ein Ende finden.

Die Konsequenzen, die Sie, Reichsjugendführer, aus dem Vorstehenden ziehen können, liegen nahe genug! Ziehen Sie sie sofort, klar und energisch: Sonst werde ich sie in pflichtgemäßer Ausübung meines Amtes ziehen.“

An der Saar nichts Neues

Das Nachrichtenblatt der Saargogen-Gemeinde des Saargebiets bringt folgende Mitteilung:

„Wie man sich in manchen Kreisen eine Rückgliederung vorstellt, geht aus folgendem „Gedicht“ hervor, das einem unserer Gemeindeglieder, selbstverständlich ohne daß der „Dichter“ sich mit seinem Namen genannt hätte, zugegangen ist: Tag des Hornes, Tag der Tränen! wird die Juden aus dem Saarland lehren! Sandaranaten, halt „Manna“ werden lassen! Und halt im Jordan, muß ihnen ein Bad in der Saar gesellen.“

Das Original befindet sich in unseren Händen. Wir haben weder die schlechten Verse, noch das schlechte Deutsch zu verbessern versucht. Der Inhalt spricht die Wünsche und die Absichten des Autors deutlich aus. Die Wünsche und Absichten ist die berüchtigte Nummer 17 von „Deutschland“ bereitwillig mit der Vierterung von Adressenmaterial zugekommen.“

Sieg der „alten Kämpfer“ des Kapitalismus

Leicht macht es der Schacht den nationalsozialistischen Demagogen ja gerade nicht, ihre sozialistischen Phrasen noch an den Mann zu bringen. Jedes Wort, das er spricht, ist ein Bekenntnis zum Kapitalismus, und seine Taten gar räumen mit allen Versprechungen des Hitler und seiner Bande ganz radikal auf.

Da ist zunächst der „Neuaufbau der deutschen gewerblichen Wirtschaft“. Aber wer etwa gemeint hat, jetzt käme endlich die berühmte Ständeorganisation, in der die Klassenunterschiede aufgehoben und Arbeiter und Unternehmer in schöner Harmonie die Wirtschaft aus nationalistischem Geist gestalten, der wäre schief gewickelt. Die Wirtschaft wird fachlich und regional gegliedert. Fachlich zerfällt sie in sieben Reichsgruppen: Industrie, Handel, Banken, Versicherungen und Energiewirtschaft. Diese Reichsgruppen teilen sich in Wirtschaftsgruppen und je nach Bedarf in Fachgruppen. Die verschiedenen Untergruppen werden örtlich in Wirtschaftsbezirken zusammengefaßt, deren Bereich dem der Industrie- und Handelskammern entspricht. Mit diesen zusammen sowie mit den Handwerkskammern bilden sie die Wirtschaftskammern der einzelnen Bezirke; der Zahl der Handelskammer entsprechend wird es somit dreizehn Wirtschaftskammern. Die Vertreter dieser Wirtschaftskammern bilden mit den Vertretern der Reichsgruppen die Reichswirtschaftskammer. Diese erhält einen Beirat, der sich aus den Leitern der Reichsgruppen und der Hauptgruppen der Industrie, der Wirtschaftskammern und dem Vorstand der Reichswirtschaftskammer, den der Wirtschaftsminister ernannt, zusammensetzt. Dieser Beirat ist das beratende Organ des Ministers in allen Wirtschaftsangelegenheiten.

Die vollständige Entrechtung der Arbeiterschaft

Was bedeutet das? Nichts anderes, als daß die alten kapitalistischen Unternehmerorganisationen im wesentlichen unverändert bestehen bleiben. Was jetzt Reichsgruppe der Industrie heißt, hieß eine Zeitlang Reichsverband der Industrie und ist nichts anderes als der alte Reichsverband der Industrie. Nur daß jetzt die Unternehmerorganisation noch gestärkt ist dadurch, daß die Zugehörigkeit zu ihr obligatorisch ist. Nur daß diese Unternehmerorganisationen — denn was für die Industrie gilt, gilt ebenso für die Banken, den Handel usw. — jetzt die einzigen Organisationen sind, die ihren gewaltigen Einfluß bei der Gestaltung der Wirtschaftspolitik offiziell in die Waagschale werfen können. Das ist der Skandal! Während die Berufsorganisationen der Unternehmer völlig erhalten bleiben und ihre Funktionen voll erfüllen können, ebenso wie die Handelskammern, während ihnen im „dritten Reich“ die Mitwirkung an der Wirtschaftspolitik offiziell eingeräumt wird, sind die Arbeiterorganisationen völlig stillgelegt, haben die Arbeiter nur die Pflicht, Beiträge für die nationalsozialistischen Organisationen zu leisten und „Kraft durch Freude“ zu sammeln. Von jeder auch noch so geringer Mitwirkung sind sie im nationalsozialistischen Reich ausgeschlossen. Wir wollen gar nicht davon reden, daß in der Republik das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft an der Wirtschaftsgestaltung ausdrücklich in der Verfassung festgelegt war, daß im Reichswirtschaftsrat Arbeiter und Unternehmer in gleicher Zahl und Stärke vertreten waren; aber selbst in faschistischen Staaten, in Italien und Oesterreich, sind die Arbeiterorganisationen mit den Unternehmerorganisationen zu den Korporationen zusammengefaßt, wird ihnen, gefesselt durch die Unterstellung unter die faschistische Parteidiktatur wie sie sind, doch eine Möglichkeit der Betätigung noch gelassen. Die Wirtschaft zur reinen Domäne der Kapitalisten allein zu erklären, die Schamlosigkeit der Entrechtung der Arbeiter so weit zu treiben, das ist dem Hitler und seinem Schacht überlassen geblieben!

Der „Neuaufbau“ gestattet zugleich Schacht seine persönliche Diktatur über die Wirtschaft noch zu befestigen. Der bisherige „Führer der Wirtschaft“, der Graf von der Goltz, verschwindet. Schacht ernannt die Leiter der Reichsgruppen und den Vorstand der Reichswirtschaftskammer. Zunächst hat er den Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Hannover, Ernst Hecker, zum Leiter der Reichswirtschaftskammer ernannt. Der Herr ist Vorsitzender des Aufsichtsrats der Isleder Hütte, ein verlässlicher „alter Kämpfer“ des Kapitalismus. Sein Stellvertreter ist der „Professor“ Carl Luer, der im „dritten Reich“ Präsident der Industrie- und Handelskammer in Frankfurt a. M. geworden war und in zahlreichen Reden immer wieder auseinandergesetzt hat, daß der richtig verstandene „deutsche Sozialismus“ und der Kapitalismus keine Gegensätze sind.

Jedenfalls zeigt die Besetzung der leitenden Stellen mit Leuten, die nichts anderes sind als reine kapitalistische Interessenvertreter, ebenso wie der Aufbau der Organisation die fortschreitende Verflechtung der kapitalistischen mit der politischen Macht. Nationalsozialistische Diktatur und kapitalistischer Wirtschaftsmarkt sind im Begriffe, unter Führung vom Schacht und Hitler zu einer Zweieinigkeit zu werden, der alle „antikapitalistischen“ Tendenzen rücksichtslos geopfert werden.

Keine Sozialisierung der Banken

Dies zeigt sich auch auf einem anderen Gebiet der Wirtschaft, das Schacht eben „neugeordnet“ hat, auf dem des Bankwesens. Man erinnert sich noch der Bankenquete und des Dells, das damals zwischen Schacht und Feder, der noch Staatssekretär im Wirtschaftsministerium war, ausgefochten wurde. Feder kämpfte für seine Brechung der Zins knechtschaft und vertrat einigermaßen die Sozialisierung der Banken. Schon damals wurde die Niederlage Feders sichtbar und im Siege Schachts, der mit Eifer das

Privatbankensystem vertrat, konnte nicht gezweifelt werden. Der Enqueteausschuß hat denn auch in seinem Bericht erklärt, daß die „private Initiative mit eigener Verantwortung die zweckmäßigste Organisation der Kreditfähigkeit darstellt“ und „die Wahrung und Wiederherstellung der Ertragsfähigkeit des Gewerbes“ gefordert. Das eben vom Kabinett erlassene Bankgesetz trägt diesen Grundsätzen voll Rechnung. Von einer Sozialisierung der Banken, von planmäßiger Lenkung des Kredits ist natürlich keine Rede. Nicht einmal die Forderung nach Trennung der Geschäftsbanken von den Depositenbanken, die in diesem Jahre in den Vereinigten Staaten und in Belgien durchgeführt wurde, ist berücksichtigt worden, ebensowenig die der Zerlegung der Großbanken in Regionalbanken. Nur die Reichsaufsicht, die nach der Bankenkrise bereits geschaffen worden war, ist etwas verstärkt und trotz ihres Widerstandes auf die Sparkassen ausgedehnt worden.

8 Milliarden schwebender Schulden

Aber gerade dieser Umstand ist bedeutsam. Die finanzielle Hauptsorge der Diktatur bildet ja die ungeheure schwebende Schuld, die sie aufgehäuft hat. Rechnet man die schwebende Schuld des Reiches, der Länder und Gemeinden, die Steuergutscheine und die Arbeitsbeschaffungswchsel zusammen, so kommt man zu einer Summe von etwa 8 Milliarden Mark. Die Fundierung wenigstens eines Teils dieser Summe ist das heißersehnte Ziel der Finanzpolitik der Diktatur. Deshalb sucht die Diktatur ihre Verfügungsmacht über die Kreditinstitute zu verstärken. Sie sollen ihre Mittel soweit wie möglich für die Aufnahme der Schatzwechsel, der Steuergutscheine und der Arbeitsbeschaffungswchsel zur Verfügung stellen, sie sollen die Reichsanleihen kaufen und die Kurse heben, damit Konversionen und neue Anleihen möglich werden.

Wie die Industrie von allen „sozialistischen Experimenten“ geschützt werden soll, dafür aber der Erhaltung der Diktatur und ihrem Machtstreben dienstbar gemacht wird, so werden auch die Banken als privatkapitalistische Organisationen erhalten. Ja den in der Krise in die Macht des Staates gefallenen der Weg der Reprivatisierung eröffnet, aber um den Preis, daß sie die Mittel ihrer Kunden der Finanzierung der Diktatur zur Verfügung stellen. Und der arme Feder, dem in seiner krausen Vorstellung eine so ganz andere Lösung vorschwebte, wird zur Besiegung des Bundes zwischen Bankenmacht und Diktatur

Produktionsrückgang im Ruhrgebiet

Die niederrheinische Industrie- und Handelskammer Duisburg-Wesel bemerkt in einem Bericht über die Wirtschaftslage des Industriegebietes im abgelaufenen Monat kleinlaut, daß sich die Lage nicht wesentlich geändert hätte. Die saisonmäßig bedingte Abschwächung hielt sich in wichtigen Industriezweigen größtenteils in ziemlich engen Grenzen. Aus dieser Bemerkung geht deutlich hervor, daß die Produktion zurückgegangen ist und in einzelnen sogar recht erheblich. Gleichzeitig bestätigt die Handelskammer, daß das Außenhandelsgeschäft — infolge der bekannten Umstände — auch im Laufe des November sehr ruhig verlief.

Deutsche Handelskammer in London

In diesen Tagen fand in London eine Sitzung des vorbereitenden Ausschusses zur Gründung einer deutschen Handelskammer statt. Der stellvertretende Landesgruppenleiter der NSDAP, — so was gibt es auch in London — Dr. Markau, berichtet über die Ziele dieser Handelskammer wie folgt:

Solange sich die gegenseitige Wirtschaft in den geläufigen Bahnen der Vergangenheit abgespielt habe, sei eine deutsche Handelskammer in London zwar notwendig, aber nicht gerade unerlässlich geworden. Die heutigen Zoll- und Devisenmaßnahmen ergäben eine fortdauernde Veränderung der preisbildenden Faktoren und führten neben wachsender Unsicherheit zu steigenden Absatzschwierigkeiten. Die Bekämpfung beider Erscheinungen durch eine Informationszentrale am Ort, wie sie die deutsche Handelskammer schaffen wolle, sei daher keine Luxuseinrichtung, sondern ein traglicher Gebrauchsgegenstand. Man wolle aber nicht nur zeitraubende Rückfragen in Deutschland vermeiden, sondern auch praktische Vorschläge für die weitere Ausgestaltung der Handelsbeziehungen in gründlich durchdachter Form an die zuständigen Stellen weiterleiten. Daneben solle der Vermittlung von Kompensationsgeschäften, wie sie bereits von der deutschen Handelskammer in New York beschlossen worden ist, ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. London als Zentrale des Empire-Geschäftes sei ein idealer Platz, um derartige Kompensationsgeschäfte einzuleiten, da man hier alle Möglichkeiten habe, sich über Preislagen, Qualität usw. aller Empire-Güter zu orientieren und London auch geldtechnisch der Umschlagsplatz zahlreicher Geschäfte aus dem Empire sei. Daß all diese Ziele das lebhafteste Interesse von Handel und Industrie fänden, sei schon allein daraus zu ersehen, daß ohne besondere Werbung von Seiten des Ausschusses bereits siebzug Beitritts-erklärungen vorlägen.

Nach den Ausführungen des Goebbels-Sendlings Dr. Markau hat die Versammlung die Gründung der deutschen Handelskammer in London beschlossen. Daß diese Handelskammer vor allem den Zweck haben wird, die englische öffentliche Meinung für das „dritte Reich“ und seine korrupten Wirtschaftsmethoden zu gewinnen, steht außerhalb jeden Zweifels. Hier wird unter dem Vorwand einer Förderung der wirtschaftlichen Handelsbeziehungen eine neue Zentrale für die Goebbelspropaganda geschaffen.

unbarmherzig in die Wüste des dauernden Ruhestandes geschickt. Schacht triumphiert, denn mit seinem Verfasser hofft er das ganze nationalsozialistische Programm endgültig in den Ruhestand versetzt zu haben.

„Festsetzung von Höchstdividenden“

Der gleichen Sorge um eine Stützung des Anleihemarktes dient auch eine Neuordnung des sogenannten Anleihestockgesetzes. In den nächsten drei Jahren dürfen Aktiengesellschaften nicht mehr als 6 Prozent in bar auszahlen, wenn sie auch vorher nicht mehr als 6 Prozent gegeben haben, und nicht mehr als 8 Prozent, wenn sie früher schon 8 oder mehr Prozent verteilt hatten. Alles, was über 6 respektive 8 Prozent an Dividende ausgeschüttet werden soll, muß der Golddiskontbank, der Tochtergesellschaft der Reichsbank, überwiesen werden. Diese wird diese Beträge in Reichsanleihen anlegen, die für die Fortsetzung der Arbeitsbeschaffung (lies Rüstungen) verwendet werden. Nach drei Jahren, wenn der erste Abschnitt von Hitlers Fünfjahresplan abgelaufen ist, sollen die Aktionäre die Dividende ausgezahlt bekommen — wenn dann die Anleihen noch einen Wert haben.

Es ist eine ziemlich verzweifelte Maßnahme, und da die Anzahl der Gesellschaften, die über 8 Prozent Dividende verschütten können, ziemlich gering geworden ist, so wird der Betrag, der da gewonnen wird, zunächst auf 40 Millionen jährlich geschätzt. Einen Teil dieses künftig entgehenden Gewinns werden übrigens die Eingeweihten durch umfangreiche Baisse Spekulationen, die die scharfen Kursrückgänge auf den deutschen Aktienmärkten erkennen lassen, sich bereits gesichert haben. Aber so sachlich unbedeutend die Maßnahme ist, die ja den Uberschuß nicht etwa konfisziert, sondern eine Auszahlung nur auf drei Jahre hinausschiebt, so trefflich läßt sie sich für die nationale Demagogie ausbeuten. Ist diese „Festsetzung von Höchstdividenden“ nicht endlich mal etwas Sozialistisches? Wird nicht den müßigen Kuponschneidern gezeigt, wie im „dritten Reich“ Gemeinnutz vor Eigennutz geht? Von 40 Millionen wird nicht geredet und kein Vergleich gezogen werden zwischen dieser Bagatelle und den Milliarden, die durch Kürzung der Löhne, der Arbeitslosenunterstützungen und Sozialrenten für die Politik der Diktatur den Arbeitern erpreßt worden sind. Aber wird die Demagogie auch wirklich noch viel nützen? Uebertönt nicht heute schon die Sprache der Tatsache immer mehr auch die Lautsprecher der Propaganda?

Dr. Richard Kern

Verteuerte Kohlen für Arbeitslose

Früher 8 Mark, jetzt 16,50 Mark der Karren!

Innerhalb des Wirtschaftsbezirks Zwickau gab es bereits in der Zeit des „verhaßten Systems“ der Republik für die Wintermonate Kohlen für die Arbeitslosen und Invaliden. Diese Kohlen wurden zu einem erheblich verbilligten Preise abgegeben. Im Herbst 1932 waren diese Kohlen mit 10 Mark pro Karren (das sind 10 Zentner) veranschlagt. Damals machte die sozialdemokratische Fraktion einen neuen Vorstoß, um eine weitere Verbilligung zu erreichen. Es gelang ihr auch, diese Arbeitslosenkohlen auf 8 Mark pro Karren herabzudrücken. Den Nazis war aus agitatorischen Gründen die Ermäßigung damals noch zu niedrig und sie rissen den Mund weit auf. Nun kamen die Nazis ja am 30. Januar 1933 zur Macht und hatten im Herbst 1933 reichlich Gelegenheit, ihre Fürsorge den Armen gegenüber zu beweisen. Aber wie sah die Praxis aus?

Dieselbe Menge Steinkohlen, die unter der „Systemwirtschaft“, dank der Tätigkeit der Sozialdemokratie, nur 8 Mark kosteten, verteuerten die Nazi im Herbst 1933 auf 13,40 Mark.

Schon im ersten Regierungsjahr der Nazis mußten die Arbeitslosen und Invaliden 5,40 Mark mehr bezahlen.

Doch in diesem Jahre haben sich die Nazis das Tollste geleistet. Die Verbilligung dieser Kohle ist gänzlich in Wegfall gekommen. Auf den Kohlenscheinen, die ausgegeben wurden, steht in schlichter deutscher Sprache geschrieben:

Das Wohlfahrtsamt kann den Hilfsbedürftigen dieses Jahr Kohlen zu einem verbilligten Preise nicht abgeben.

Der neue Preis beträgt demnach für einen Karren frei Haus Würfel 1 16,50 Mark. (Vor Hitlers Rettung Deutschlands nur 8 Mark!)

Die Kohlen sind also für Arbeitslose gegenüber denen des verhaßten Systems um über 100 Prozent teurer geworden und kosten den im Handel üblichen Preis. Darüber hinaus aber wird wie folgt verfahren:

Hilfsbedürftigen, die diese Kohlen nicht nehmen wollen, weil sie ja keine Hilfe darstellen, wird gedroht, daß sie dann keine Kohlen aus dem Winterhilfswerk erhalten, wenn die teuren Kohlen von ihnen nicht abgenommen werden.

Wer jedoch zwei Karren (gleich 20 Zentner) dieser teuren Kohlen nimmt, erhält einen Gutschein über 1 Zentner (!) Kohle aus dem Winterhilfswerk, wer dagegen nur einen Karren oder gar keine Kohle nimmt, bekommt keinen Gutschein. Erst also 20 Zentner teure Kohlen, dann gibt es 1 Zentner Freikohle! Sonst gibt es auch den nicht! Ebenso erhalten solche, die zwar 2 Karren der teuren Kohle nehmen, sie jedoch selbst auf dem Schachte holen, um die Fuhrkosten zu ersparen, keinen Winterhilfsgutschein über 1 Zentner Kohle.

Während im letzten Systemjahr 1932 die Hilfsbedürftigen für einen Karren Kohle 8 Mark, für zwei Karren 16 Mark in Wochenraten von je einer Mark abbezahlen, müssen sie jetzt im Herbst 1934, für die gleichen Mengen 16,50 beziehungsweise 33 Mark in wöchentlichen Raten von je einer Mark abbezahlen. Früher waren sie in 16 Wochen mit der Bezahlung fertig, doch unter Hitlers Regime brauchen die Hilfsbedürftigen 33 Wochen dazu.

Eine Gottlosen-Ausstellung

Luzern beherbergt gegenwärtig eine Anti-Gottlosen-Ausstellung. Sie ist in der Kaserne aufgestellt. Das allein kennzeichnet deutlich diese Art Christentum. Diese Ausstellung würdigt der ehemalige Theologie-Professor Dr. Ragaz in folgenden ernsten Betrachtungen:

Ich bin während eines kurzen Zeitraumes zweimal in einer Gottlosen-Ausstellung gewesen. Das erstemal war es eine Ausstellung der russischen Gottlosigkeit — das heißt: eine gegen die sogenannte Gottlosigkeit der Russen gerichtete Selbst-Ausstellung bürgerlich-christlichen Pharisäertums. Durchzittert von einer zornigen Erregung, wie ich sie seit vielen Jahren nicht mehr erlebt, aber nicht über die russische Gottlosigkeit, sondern über die Gottlosigkeit des Unternehmers, bin ich weggegangen.

Und nun bin ich wieder in einer Gottlosen-Ausstellung gewesen, einer noch viel schlimmeren. Diesmal stellte die wirkliche Gottlosigkeit sich selbst unmittelbar aus, aber nun nicht die russische, sondern die schweizerische, und allerdings nicht nur die schweizerische. Die zweite Ausstellung hieß freilich nicht Gottlosen-Ausstellung, sondern Luftschutzausstellung, aber hier bin ich nun der Gottlosigkeit von Angesicht zu Angesicht gegenüber gestanden. Die Empfindung, die mich hier überkam und mich bis in die letzten Tiefen erbeben ließ, war nicht mehr die des Zornes, obgleich Zorn auch dabei war, sondern die des Entsetzens, der Scham, der Verlorenheit. Ja, Zorn war auch dabei. Zorn über die Menschen, die hier, um damit die Wirklichkeit des Krieges zu vernebeln und ihren Militärgötzen vor einer Bedrohung durch die Wahrheit zu schützen, zum Teil auch um eines neuen Geschäftes willen, es wagen, ihren Mitmenschen und Mithürgern mit einem solchen Betrug zu kommen. Denn welcher Mensch, der sich noch einen Rest eigenen Urteils bewahrt hat, kann auch nur einen Augenblick sich einbilden, daß die furchtbaren Kindereien, die uns als Schutz gezeigt werden, uns wirklich schützen könnten? Sie können uns doch nur zeigen, daß wir durch alle diese Mittel nicht geschützt werden könnten. Das war sicher auch bei der großen Zahl der Besucher der Eindruck dieser ungewollten Ausstellung der ungeheuren Gefahr eines neuen Krieges. Sie muß eine Verstärkung des Antimilitarismus, eine Förderung der großen revolutionären Erhebung gegen den Krieg bewirken, die kommen muß und kommen wird. Aber wie gesagt, dieser Zorn war nicht das vorwiegende Gefühl, war ein furchtbarer, ein vernichtender Schmerz darüber, daß die Tatsache einer solchen Ausstellung überhaupt möglich ist, daß es mit uns Menschen soweit gekommen ist. Das wären also nun die Menschen, geschaffen nach dem Bilde Gottes, an die wir glauben, für die wir gehofft, gearbeitet, gelitten und gestritten, diese Wesen, die einander als Dämonen von der Luft aus mit Feuer und Gift vertilgen, die Pest übereinander austreten!

Das wären also die Menschen, die Brüder Christi, Söhne und Töchter Gottes, diese halb lächerlichen, halb entsetzlichen Gasmaskenträger, diese in Keller eingesperrten, zitternden Kretine! So weit hätten wir es also gebracht! Ist

das nicht eine Ausstellung der Gottlosigkeit? Nur vollendete Gottlosigkeit konnte uns in solche Zustände führen. Nur vollendete Gottlosigkeit kann eine solche Ausstellung schaffen. Nur vollendete Gottlosigkeit kann durch eine solche Ausstellung gehen, ohne sich zu entsetzen. Müssen sich die Menschen, die sich hier begegnen, nicht aufs tiefste voreinander schämen? Und die Jugend, die unschuldigen Kinder! Daß sie das sehen müssen! Müssen wir uns nicht vor ihnen schämen? Da geht vor mir ein Lehrer mit einer Klasse von Gymnasiasten, Gewerbe- oder Handelsschülern, und erklärt ihnen diese Dinge in militärpatriotischem Stil.

Er selbst, der Lehrer, scheint keine Ahnung von der Furchtbarkeit der Tatsache zu haben, daß er den Schülern solche Dinge zeige. Und doch wird vor solchen Dingen aller Unterricht, der noch irgendwie dem Geiste und der Menschlichkeit dienen soll, zur Farce. Eher spüren das die armen Jungen, die ihr Lehrer, hoffentlich ohne es selbst zu wissen, anlügt. Sie tun mir in tiefster Seele leid, diese armen Jungen! Daß wir es dahin gebracht haben, ihnen solche Dinge zeigen zu müssen, oder zu meinen, wir müßten sie ihnen zeigen!

Aber da fällt mir ein, daß ja diese Jungen, ja fast alle die Besucher dieser Gottlosen-Ausstellung von Mord und Hölle, Religionsunterricht gehabt haben, vor Christus gestellt worden sind und von der Bergpredigt gehört haben, den zehn Geboten — und nun sind sie hier! Und da denke ich nun noch weiter. Es stehen ja in Zürich auch Kirchen. Neben dieser Ausstellung der Gottlosigkeit stehen Gotteshäuser. Was sagen diese dazu? Ist es denkbar, daß in diesen Kirchen ein Pfarrer auf die Kanzel geht, ohne sich der Tatsache dieser Gottlosigkeit bewußt zu sein, ohne dagegen Zeugnis abzulegen: ich meine nicht gerade gegen die Ausstellung, sondern gegen die Tatsächlichkeit, die eine solche Ausstellung praktischer Gottlosigkeit ermöglicht, vor welcher die russische, die theoretische Gottlosigkeit der Bolschewisten, zu einem Kinderspiel wird? Können neben einer solchen Ausstellung Kirchen Christi stehen? Ist eine solche Nebeneinanderstellung noch erträglich? Ist sie nicht noch schlimmer als die Gottlosigkeit der Ausstellung selbst? Können Kirchen neben einer solchen Ausstellung bestehen, ohne sich mit der letzten Kraft gegen sie, das heißt: gegen das, was sie symbolisiert, zu erheben? Aber wo vernimmt man etwas davon? Von einer solchen Erhebung der vielgepriesenen Kirche, nicht bloß dieses oder jenes religiös-sozialen Pfarrers — von einem Zeugnis der Gemeinde gegen solche Greuel der Hölle?

Wo sind die, welche so unermüdet gegen die russische Gottlosigkeit ihre Stimme erheben? Seelenruhig, ja zum größten Teil zustimmend, führen sie ihren Betrieb fort. Horch, da läuten ja auch die Glocken, die Dämonen vertreibenden (das war ja ursprünglich der Sinn der Glocken) — aber kaum haben sie begonnen, da erhebt die Sirene ihre Stimme, die Warnsignale: „Flieger kommen! Teufel nahen — getaufte, jedenfalls getaufte! — Dämonen!“

Ach Gott im Himmel, siehe doch darein! O Gemeinde Christi, erwache! Wenn du erwachst, dann hast du die Kraft, Dämonen zu bannen.

Clemens Krauß

Der neue Berliner Operndirektor

Wir entnehmen die beifolgende, sehr wohlwollende Beurteilung des Nachfolgers von Furtwängler, des bisherigen Wiener Operndirektors Clemens Krauß, dem neuen „Wiener Tagblatt“. Sie steht allerdings in reinem Gegensatz zu den Lobsprüchen, die Krauß von den Nationalsozialisten und ihrer Presse schon im voraus erhält. Sie sind ihm dankbar dafür, daß er dem Rufe Görings folgte und Furtwängler ersetzte.

Die Meldung, daß Clemens Krauß seine Tätigkeit in Wien aufgibt und nach Berlin als Leiter der Oper übersiedelt, kommt nicht überraschend. Seit Wochen und Monaten deutete alles darauf hin, daß diese Lösung zu erwarten ist. Krauß folgt indessen vermutlich nicht nur der stärkeren Lockung, die Berlin auf ihn auszuüben vermag, sondern bei seinem Entschluß wird wohl auch das Bewußtsein mitbestimmend gewesen sein, daß seine Wiener Position längst nicht mehr so fest gegründet ist. Es gab vielfach Verstimmungen, die nicht nur hinter die Kulissen gebannt blieben, sondern auch nach außen hin zutage traten.

Der tiefere Grund dieser inneren Entfremdung zwischen Krauß und Wien liegt wohl in seiner eigenen Persönlichkeit begründet. Sein hervorragendes, interessantes und ungewöhnliches Künstlertum hatte stets mit gewissen Hemmungen zu kämpfen, die dazu führten, daß sich die vielfachen Werte seiner Persönlichkeit nicht immer mit der wünschenswerten Entschiedenheit durchzusetzen vermochten. Auch bei manchen von seinen schönsten und eindrucksvollsten Aufführungen war bisweilen der Eindruck nicht abzuleugnen, daß sich der Dirigent von seinem Regisseur führen und bestimmen ließ, daß er in der Oper, die immer und in erster Linie ein musikalisches Kunstwerk ist, dem Primat der Musik nicht voll zur Geltung brachte. Eine weitere Dämpfung seines Wirkens ging von dem Kreise jener Künstler aus, die ihm persönlich nahestanden und für die er sich auch mit dem ganzen Gewicht seiner künstlerischen Persönlichkeit einsetzte.

So ergab sich nach dem ersten, überaus verheißungsvollen Jahr seiner Direktionsführung ein seltsamer Zustand. Sein Interesse konzentrierte sich immer mehr und immer entschiedener einzig auf diejenigen Vorstellungen, die unter seinem Regime auch eine neue szenische Gewandung erhalten hatten und ebenso bildete sich im Sängereensemble eine Gruppe favorisierter Künstler, von

welchen sich andere verdiente Kräfte zu Unrecht in den Schatten gestellt sahen. Immer schärfer und offenkundiger wurde ein Trennungstrich gezogen: hier Krauß, seine Garde, seine Aufführungen, dort alles übrige, was zum Institut gehört. Diese Beschränkung auf ein einseitiges Tätigkeitsfeld, diese bewußt vorgenommene förmliche Isolierung hatte eine verhängnisvolle Folge: die Gesamtheit dessen, was die Wiener Oper ist und sein soll, entglitt mehr und mehr der unmittelbaren Führung des Direktors. Wie schade, daß dieser Entwicklung nicht rechtzeitig entgegengewirkt wurde, daß sich ein Künstler von so glänzenden Qualitäten wie Krauß nicht zu einer freieren, universellen Auffassung aufzuschwingen vermochte.

Als Krauß nach überraschend glanzvollem Aufstieg in verhältnismäßig jungen Jahren an die Spitze der Wiener Oper berufen wurde, schien er alle jene Fähigkeiten und Talente mitzubringen, die ihn für dieses Amt geradezu prädestinierten. Und doch fehlte ihm eines, vielleicht das Wichtigste: die spontane und selbstverständliche Einfühlung in den Geschmack und in die Tradition des Wiener Publikums. Er rechnete nicht mit dem eminent musikalischen Sinn des Wieners und ließ das Ausstattungswesen überwuchern. Darum begegnete er zumal mit seinen Erneuerungen der großen deutschen Meisterwerke so vielfach auf Widerspruch und Ablehnung: etwa mit dem „Ring“, den „Meistersingern“, dem „Freischütz“ und der „Zauberflöte“. In allen diesen und ähnlichen Fällen spürte man ein fremdes, kühles, unromantisches Element am Werk, das die Freude an der mit größter Sorgfalt und Hingebung durchgeführten Arbeit empfindlich beeinträchtigte. Dieser ausgezeichnete Musiker ließ die andern gewähren, wenn es galt, die primäre Forderung des musikalischen Kunstwerkes zu verteidigen.

Der neue Wiener Intendant

Der Direktionsrat der Bundestheaterverwaltung, Kerber, wurde zum einstweiligen administrativen Leiter der Wiener Oper ernannt.

Wie es heißt, soll Krauß in Berlin ermächtigt worden sein, bisher an der Wiener Oper wirkende Künstler für Berlin zu verpflichten. Es werden die Namen Franz Völker, Josef Manowarda, Paul Jerger, Karl Hammes, Maria Runger und Viorica Ursuleac genannt.

Elegie eines enttäuschten Nobel-Friedenspreis-Kandidaten

Da hält man täglich laute Friedensreden
Und gibt die allerschönsten Interviews,
Vergißt sich selbst und alle Erbfeindfeinden,
Hält's Hinterpfortchen auf für all und jeden,
Und denkt, man kenne seine alten Schweden,
Und dann heißt: Henderson! (Umsonst der Schmus.)

Hat es nun Sinn, dem eignen Heer zu trogen,
Wenn man das Friedenssehnen so verkant?
Man läßt den Generalstab staunend gloggen
Und hofft, man kann als Friedensengel prohen
Und dann kommts so! — Der Frieden ist zum Kogen,
Wenn man nicht MICH als seinen Führer nennt!

Nun kann ich nur mit E. K. I. mich brüsten,
Als unbekannter Friedens-Aspirant;
Muß Boten schicken an die fernsten Küsten,
Die Andern tun, als ob sie gar nichts wüßten.
(Braucht ich nicht Zeit, um ganz komplett zu rüsten,
Dann wär, statt Frieden, längst Mein Kampf entbrannt!)
Heinrich Ersch.

Film in Paris

(Stenokritiken)

I
Es besteht hier ein „Ciné-Club“, der seinen Mitgliedern (in einer Sitzung sind manchmal Stücke fünfhundert bis sechshundert in einem prachtvollen Saal selbst) . . . der seinen Mitgliedern unverfälschte Filme, verbotene Filme, kurz: merkwürdige Filme vorspielt.

Auf solchem Weg ist jetzt Horst Wessel in Paris gelandet (für einen Abend).

II
Dieser Film ist in Frankreich verboten. Auch seinen Wert nach ist er schlechtweg „verboten“. Hanfstängl, der ihn sch . . . sch . . . schuf, hat das nicht erkannt. Andere Deutsche trotzdem; sogar bis runter zum Goebbels. (Der „Lahme“ — wie der versorbene Pg. Ernst ihn genannt hat — wünschte die Zurückziehung dieser Miß-
-burt, nach einer Entbindung von H. H. Evers.)

III
Der Clubvorstand hat im Beginn Kundgebungen zu unterlassen. Nachher, in der Aussprache (mit Worterteilung), stand ein Gall . . . auf und lächelte: „Man hat . . . versagt zu pfeifen, zu klatschen, zu zischen — aber nicht zu gähnen; das hab ich getan.“

Begeisterte Zustimmung . . . in Gegenwart der deutschen Botschaft, die durch Sendlinge vertreten war.

IV
In der Anwesenheit von Landsleuten zu schweigen, wäre für mein Gefühl Pflichtverletzung. Also nachdem eine Zahl sehr guter Redner genügend Nachteiliges gesagt hatte, trug ich, dem kategorischen Imperativ gehorchend, meinen Scherf in wenigen Sätzen bei. Unter Berufung auf Shaw, der
-rolle . . .
-sch.

Wenn er nun erst diesen . . . Geschichtsfilm gesehen hätte — na!

V
In der angeregten Debatte verhielten sich die Outgroupen durchaus maßvoll, auch gegen einen nazifreundlichen Redner. Jedoch eine nette Dame, beherzt und gutgekleidet, ergänzte das, was der Film über Horst Wessel verschwiegen: „Il était un maquereau — er war ein Zuhälter!“ Sie erlang einen festlichen Erfolg.

VI
Für die deutsche Botschaft (die ja insgeheim anständiger sein mag als die von ihr bediente Partei) war es unangenehm, daß sie zu dieser Veranstaltung auch noch Zerstreuter gesandt hatte.
K . . . r.

Das casseine WC.

Wir lesen in der „Braunsch. Landesztg.“ Nr. 312:

„Fort mit „Toilette“! Für dieses rein französische Wort, das von vielen obendrein (!) noch deutsch ausgesprochen wird, ist im neuen Deutschland kein Platz mehr. Leider findet man dieses Wort fast im ganzen Reiche in den Wirtschaften, auf Bahnhöfen usw. Gegen die Bezeichnung „Herren“ oder „Damen“ an den Türen einer Bedürfnisanstalt ist wohl nichts einzuwenden. Aber die zum Teil recht großen Hinweisschilder mit dem französischen Wort „Toilette“ müssen verschwinden. Es erscheint mir als die beste Lösung, wenn diese Schilder ersetzt werden durch die beiden Buchstaben „WC“ (Wasserklosett), wie ich es schon gesehen habe.“

Immer feste dcuff!

In den „Schlesischen Monatsheften“, Blätter für nationalsozialistische Kultur des Südostens, findet sich folgender Kernspruch:

„Wer Gott vertraut
und um sich schaut
hat wohl gebaut.“

So ähnlich wird Christus es wohl auch gemeint haben.

Er bewundert sich

In einer Sportpalast-Versammlung sagte Goebbels laut Bericht des „Völkischen Beobachters“:

„Wir haben uns an die schwierigen Aufgaben mit Eifer und mit Fleiß und mit bewunderungswürdiger Zähigkeit herangemacht.“

Na also! Wenn er nur mit sich zufrieden ist.

„Preußischer Kommiß“

Soldatengeschichten / von August Winnig

August Winnig, der Verfasser der vor dem Kriege erschienenen Schrift „Preußischer Kommiß“, ist heute glühender Nationalsozialist. Er dient der braunen Sache in Wort und Schrift, unter Preisgabe seiner Vergangenheit. Einst, als junger Proletarier, war er zum Sozialismus und zur Sozialdemokratie gekommen, bewegt von den hohen Gedanken der Freiheit und der Menschenrechte. Es gelang ihm, im freigewerkschaftlichen Bauarbeiterverband einen führenden Posten zu gewinnen. Nach der Umwälzung von 1918 wurde er Oberpräsident in Ostpreußen, damals freilich schon in seinem alten Bekenntnis zögernd und schwankend. Sein politisches Ende in der Republik führte der Kapp-Putsch vom März 1920 herbei. Es erwies sich, daß er der zweiseitigen Haltung der Reichswehrkommandeure in jenen kritischen Tagen Vorstoß geleistet hatte.

Dann rutschte August Winnig immer weiter nach rechts. Er wurde der Vertrauensmann Hugenbergs und Stinnes, für deren Blätter er seine flinke Feder in Bewegung setzte. Heute ist er einer von den 110-Prozentigen: wildster Nationalsozialist, begeisterter Militarist und nationalsozialistischer Schriftleiter. Sein Buch „Preußischer Kommiß“ hat er längst verlegt, weil es die denkbar schürffste Anklage des militaristischen Kadavergehorsams darstellt, zu dessen Anbetern er heute gehört. Ein Grund mehr für uns, unseren Lesern einige Kapitel aus dem Buche August Winnig vorzulegen.

Grenadier Gimm

12. Fortsetzung

Die Sache war sehr einfach. Er hatte sich verfahren, war in Berlin in den falschen Zug eingestiegen und hatte auf diese Weise Nieder- und Mittelschlesien bereist.

Man machte nicht viel Aufhebens davon. Mit einer Reihe Maulschellen in drei Auflagen: eine am selben Abend noch vom Korporalschaftsführer, eine weitere am anderen Morgen vom Feldwebel und die letzte schließlich einige Stunden später vom Hauptmann, war die Sache abgemacht.

Etwa sechs Wochen später beging Gimm indes einen Streich, der bössartiger verlief. Seine Hose sechster Güte war in trostloser Verfassung. Der Korporalschaftsführer befahl ihm eines Abends, sie zu flicken, sonst würde er ihn melden. Gimm wandte ein, er hätte keine Flicker.

„Sieh zu, wo Du welche herbekommst; meinetwegen nimm Dein Fell dazu; aber die Hose wird geflickt!“

Mit diesem Rat war Gimm nun aber nicht geholfen. Diesmal half er sich jedoch selbst und in der Flickstunde hatte er schönes, neues Zeug, das für seine Hose eigentlich zu gut war. Ja, er verschönkte sogar noch etwas davon. Bald kam es heraus, wo er es her hatte. Als wir unsere Hosen dritter Güte, wie wir bei der Parade am 27. Januar getragen hatten, abgeben mußten, wollte Gimm seine Hose gleich zusammengelegt abgeben. Darauf ließ sich der Kammerseergeant — begreiflicherweise, denkt hier der alte Soldat — aber nicht ein; er faltete sie auseinander und im nächsten Augenblick stürzte er auf den armen, zur Bildsäule erstarrten Gimm los. Für einen Kammerseergeanten war sein Zorn begreiflich: Gimm hatte nämlich von beiden Beinen der guten Hose ungefähr ein Viertelmeter abgeschnitten, um mit diesen „Flicker“ seine „Sechste“ zu vervollständigen.

Diesmal half nichts. Gimm mußte ins Loch. Drei Tage Mittel war seine erste Gastrolle im berüchtigten Fort Grolman. Er hat seinen Besuch nachher noch oft wiederholt, aber er war nie wieder so schuldig wie diesmal. Von jetzt an war Gimm vogelfrei. Jeder dumme „Spinner“ schubste ihn, höhnte ihn. Beim Dienst hatte er sowie so schon genug auszustehen. Gimm war im Essen etwas wählerisch, und da er meist gut mit Geld versehen war, so zog er es oft vor, sich statt des schmacklosen, elenden Mittagessens etwas aus der Kantine zu kaufen. Sobald der Korporalschaftsführer das merkte, befahl er ihm, sich mit dem Bauch auf den Querbaum zu legen, so daß Kopf und Beine nach unten hingen; damit wollte er Gimm's Verdauung fördern, wie er sagte. Wenn sich Gimm dann aus dieser qualvollen Lage befreien wollte, hielt er ihm das spige Seitengewehr unter das Gesäß. Wäre Gimm nicht so schrecklich energielos gewesen, so hätte er sich gegen solche Malträtierung wohl wehren können.

Mir blieb Gimm immer ein Rätsel. In seinem Charakter mischten sich Furcht und Trotz, Schläftheit und Dummheit. Zuerst hatte er wohl den besten Willen gehabt, sich in dem so ungemütlichen Kasernenmilieu zurecht zu finden, aber das war ihm bei seiner Unersahrenheit zu schwer. Wenigstens ließ man ihm dazu keine Zeit. Die Meute hatte zu früh gewittert, daß hier ein bequemes Wild umherlief, und sie war bald hinter ihm her.

Gar nicht zu schildern sind die Leiden, die Gimm jetzt zu ertragen hatte. Wäre er nicht ein so kräftiger Bursche gewesen, so hätte er den Dienst kein halbes Jahr ausgehalten. Bei jedem Nachexerzieren war Gimm mit dabei. „Der ist immer dabei, ohne daß er besonders genannt wird,“ hatte der Hauptmann angeordnet, und das wurde sehr genau befolgt. Hatten die schlechten Schügen eine besondere Stunde, so hieß es: Gimm! Obgleich er gar nicht schlecht schoß. War eine schmutzige Arbeit zu verrichten, waren etwa Kohlen abzuladen, so hieß es: Gimm! Mußte ein Mann auf dem Marsche sein Gewehr abgeben, so trug es Gimm. Hatte eine Beilspitze noch keinen Träger, so mußte Gimm daran glauben. War der Patronenkasten zu tragen, Gimm wußte, was seines Amtes war. Stellten wir Wache, so bekam Gimm einen Nachtposten in irgendeiner Wildnis. Stimmt bei der Aufstellung die Richtung nicht, so hatte Gimm sie verdorben. Klapperte beim Salvenfeuer jemand nach, so mußte es Gimm gewesen sein. Den Parade marsch konnte kein anderer als Gimm verderben, wenigstens machte man ihn zuerst dafür verantwortlich. Immer und überall war Gimm der Sündenbock.

Unter den Mannschaften gab es viele, die ihm beisprangen, wenn sie konnten, und manches Hilfswerk wurde für ihn unternommen. Aber oft stieß sie Gimm zurück. Manche ließen sich dadurch verleiten, ihn nun ebenfalls zu verdammeln, obwohl es ganz erklärlich war, daß der arme verfolgte Bursche gegen jeden mißtrauisch ward und sich immer mehr abschloß. Manchmal brachte er aber auch seine Helfer durch seine Dummheit in Verlegenheiten. So hatte ihm einmal ein Kamerad seinen Rock zum Vorzeigen beim Appell geliehen, weil Gimm's eigener nicht appellfähig war. Gimm war so

von Gott verlassen, daß er den Keenden Namen darin nicht durch seinen ersetzte. Natürlich bekam er den Rock um den Kopf geschlagen, und der helfende Freund erhielt zwei Stunden Strafoxerzieren.

Im ersten Dienstjahre, bis zum Ausrücken ins Manöver, hatte Gimm so gegen fünfzig Tage Arrest verbüßt. Meistens wegen belangloser Kleinigkeiten, die bei anderen Leuten straffrei blieben oder mit ein paar Stunden Strafoxerzieren durchgingen. In der letzten Zeit war es meist strenger Arrest gewesen, den er von allen Instanzen aufgebremmt bekam. Dabei war er nie widerspältig gewesen; dazu war er zu feig — hatte auch nie etwas entwendet, wie das beim Militär alle Tage geschieht; dazu war er zu ehrlich. Vor solchen Straftaten war Gimm sicher, und daß wußte und sagte er auch. Trägheit, Bummel, rostige Kochgeschirre, zerrissene Hosen, das waren seine Hindernisse.

Im Manöver machte er sich auf dem Marktplatz zu Wronke einer Achtungsverletzung und des Verharrens im Ungehorsam schuldig. Auch wieder eine ganz dumme Geschichte, die an sich kaum der Rede wert gewesen wäre, wenn sich Gimm nur ein wenig vernünftiger gehalten hätte.

Er kam beim Auftreten in früher Morgenstunde zu spät. Der Hauptmann kanzelte ihn in Gegenwart mehrerer Zuschauer scharf ab. Gimm entschuldigte sich der Wahrheit gemäß damit, daß der Quartierwirt zu lange geschlafen hätte, weshalb die Haustür zu spät geöffnet worden sei. Gleichwohl schimpfte der Hauptmann weiter, Gimm glaubte, sein Teil bekommen zu haben und wollte an seinen Platz treten.

„Hierbleiben!“ schrie der Hauptmann.

Gimm kehrte sich nicht daran, sondern schob sich durchs erste Glied zu seinen Stand. Der Hauptmann rief noch einige Mal, aber Gimm blieb wie ein Pfahl an seiner Stelle. Die Zuschauer belustigten sich über den Vorfall, der Hauptmann aber kochte vor Wut. Es war wohl keine Zeit mehr, denn er ließ einschwenken und abrücken. Nach einigen Stunden hatten wir die Geschichte vergessen. Kein Mensch dachte mehr daran, Gimm selbst am wenigsten.

Als der Hauptmann indes auch am Abend nichts unternahm, wunderte ich mich doch etwas darüber; denn eigentlich war doch Gimm's Verhalten, durch die militärische Dienstbrille gesehen, ein ziemlich schweres Vergehen. Der Alte hatte ohnehin schon „auf ihn geladen“, wie er sich in solchen Fällen ausdrückte, und wenn man die Sache genau betrachtete, mit einem gewissen Recht. Zwei Tage vorher hatten wir im Biwak gelegen. Gimm war in der Morgendämmerung aufgestanden, um ein Bedürfnis zu verrichten und hatte sich dazu ausgerechnet den Platz vor dem Zelt des Hauptmanns ausgesucht. Das war an sich eine beispiellose Frechheit; aber ob es bei Gimm Frechheit war? Vielleicht war es nur Faulheit und Gedankenlosigkeit gewesen. Aus Gimm wurde man nie klug. Das wußten wir alle; der Hauptmann hatte etwas gehört, war hinausgetreten und hatte Gimm in der unzweideutigsten Hockerstellung gesehen. Beim Temperament unseres Alten war es selbstverständlich, daß er ihn gleich packte, in den Druck hineinstieß und kräftig durchprügelte. Damit waren sie beide wieder quitt gewesen.

Während des Manövers geschah auch nichts weiter.

Als wir wieder einige Tage in der Garnison waren, ercignete es sich, daß Gimm einmal von der Arbeit auf der Bekleidungskammer fortließ und sich in der Kantine an Bier und Kesselwürsten göttlich tat. Er wurde gemeldet, und nun ließ ihn der Alte vom Regiment mit zehn Tagen strengen Arrests bestrafen, und zwar wegen seiner ganzen Untaten. Gimm verbüßte die zehn Tage wie er die anderen Strafen verbüßt hatte, und jeder glaubte, nun sei seine Rechnung beglichen.

Aber da kam das Unerklärliche, was sich selbst mit der tausendfachen Barbarei des Militärstrafrechts nicht rechtfertigen läßt. Es war im Januar oder anfangs Februar, als Gimm wieder ein kleines Versehen beging, das jedem anderen höchstens einige grobe Worte eingetragen hätte. Gimm sollte Zielobjekte der Kompanie vom Wall holen. Als er linkam, waren unsere verschwunden. Da er wußte, daß er nicht ohne die Scheiben kommen durfte, so nahm er kurz entschlossen solche, die anderen Kompanien gehörten. Das gab Weiterungen. Man fand die Scheiben in unserer

„Sittliche Weltordnung“ ... wie heißt
wo der eine arbeitet und hungert,
der andere faulenz und speist.

Heinrich Leuthold

Gesammelte Dichtungen, Sittliche Weltordnung

Gewissen-Menschen ist ein Mann von Kopf ein fataleres
Geschöpf als der deklarierteste Schurke.

Georg Christoph Lichtenberg

Baracke, und Gimm wurde als Übeltäter festgestellt. Jetzt entlud sich das Gewitter.

Eines Morgens kam der Hauptmann in die Schreibstube und diktirte mir einen Tatbericht in die Feder, worin Gimm auf Grund des Vorfalles auf dem Marktplatz zu Wronke der Achtungsverletzung und des Verharrens im Ungehorsam unter Gewähr beschuldigt wurde.

Das Unsrhörte war, daß man Gimm zur Rechenschaft zog, obwohl er wegen dieses Vergehens schon vom Regiment bestraft worden war. Die alte Rechtsweisheit, daß man nur einen Tod sterben kann, verlor hier ihre Gültigkeit.

Um es kurz zu machen: einige Wochen später kam Gimm vors Kriegsgericht und erhielt vier Monate Gefängnis. Ich riet ihm zur Berufung. Er kam vor das Oberkriegsgericht und behielt seine vier Monate. Etliche Zeit später fuhr Gimm mit Bedeckung nach der Festung. Als er am Abend vor der Einlieferung in Feldmüge und ohne Waffe, bleich und mit angstverzerrtem Gesicht vor mir Abschied nahm, sah ich ihn zum letzten Male. Er war sehr niedergeschlagen. Ich redete ihm Mut ein, schilderte ihm das Festungsleben, gab ihm gute Ratschläge und vertröstete ihn auf den Schritt der Zeit; auch die Stunde der Freiheit würde kommen, er solle nur standhaft alles ertragen, sich zusammenreißen und dafür sorgen, daß er sich dort nichts zuschulden kommen ließe. Gimm hörte mich ruhig an, nur seine Augen wurden feucht und die Grübchen um seine Mundwinkel verzerrten sich zu verzweifellen Falten.

„Das ist alles ganz gut,“ sagte er, als ich schwieg. „Aber ich kann doch nicht wieder nach Haus kommen. Bis jetzt hat mein Vater noch nichts von meinen Strafen gewußt, aber diese vier Monate kann ich ihm nicht verheimlichen, ich muß doch die Zeit nachdienen. Mein Vater ist nämlich streng und hält viel auf den Soldatenkrempl; er hat Sechsendsechzig mitgemacht. Aber meine Mutter ist gut, und das ist noch schlimmer. Ach, wenn ich daran denke, was sie sagen wird, wenn sie dies erfährt! Wenn Pastor Blenk fragen wird: Wie gehts Ihrem Johann? Oder wenn Liese Feddersen sagt: Grüßen Sie Johann, wenn Sie wieder schreiben. O, ist das eine Geschichte!“

Gimm stützte den Kopf in die Hand und starrte auf den Tisch. Ein paar helle Tränen fielen darauf und wurden von den Kommißbrotkrumen aufgesogen. Ich hätte gern etwas gesagt, was ihn hätte trösten können, aber ich fand keine Worte.

Nachts gegen Zwölf hörte ich, wie man Gimm über den Korridor führte. Jetzt wird der Unteroffizier das Gewehr laden, dachte ich, als sie die Treppe hinunter gestiegen waren. Jetzt gehen sie durchs Tor, jetzt über die Brücke, dann durch die Stadt, und alle Nachtbummeler werden ihnen nachschauen. Ich begleitete Gimm in Gedanken bis in das reservierte Coupé des Nachtzuges, dann schlief ich ein.

Ein paar Wochen später liefen allerlei Gerüchte um, daß mit Gimm auf der Festung etwas passiert sei, aber sie waren unbestimmt und verworren, und eine dienstliche Mitteilung war jedenfalls nicht an die Kompanie gelangt, sonst hätte ich sicher davon erfahren.

Um dieselbe Zeit beherbergte das Festungsgefängnis unseres Korps einen Mann der sechsten Kompanie, der wegen Achtungsverletzung oder einer ähnlichen Straftat einige Monate zu verbüßen hatte. Von diesem Manne, der jetzt ein angesehenen Kaufmann in einer mitteldeutschen Stadt ist, erfuhr ich später Genaueres über Gimm's Schicksale.

Wegen seiner schlechten „Ueberweisung“ vom Truppteil kam Gimm nicht in die Stuben für die sogenannten Gemeinschaftsgefangenen, sondern blieb in der Einzelzelle. Hier mußte er zuerst Uniformhosen nähen. Als er etwa zwei oder drei Wochen dort ruhig gegessen hatte, begann er zu rumoren, verlangte zu außergewöhnlicher Zeit den Aufseher zu sprechen, murrte gegen das Wächpersonal und verhielt sich besonders nachts sehr unruhig. Er erhielt verschiedene Strafen, Kostentziehung, Dunkelarrest und ähnliche Verschärfungen. Als er wieder einmal eine solche Strafe verbüßt hatte und in seine Zelle zurückgeführt wurde, ergriff er den Wasserkrug und warf ihn dem Schließergeanten an den Kopf; der Sergeant, der eine Verletzung davongetragen hatte, schlug die Zellentür zu und holte Hilfe. Man brachte Fesseln und wollte Gimm in Eisen legen. Doch als man vorsichtig mit schußbereiten Karabinern im Arm die Tür öffnete, lag Gimm blutend am Boden. Neben ihm lag die Schneiderschere, mit der er sich einen langen Schnitt in den Hals beigebracht hatte. Nun kam Gimm in die Krankenabteilung.

Seine Wunde war leider nicht tödlich; nach sechs Wochen war er geheilt und wurde aufs neue der Einzelhaft übergeben. Dort verbrachte er die Zeit mit Weinen und Beten. Er trug Hand- und Fußfesseln, die ihm nicht viel Bewegung ließen, infolgedessen arbeitete er auch nicht. Diese Zeit muß schrecklich für ihn gewesen sein, denn er schrie oft so laut, daß die anderen Gefangenen glaubten, er werde geprügelt. In allen Stuben wurde man unruhig, wenn man dieses Schreien hörte. Alles ging auf und ab und drängte sich an die Türen und Fenster, um etwas zu sehen.

Das dauerte wiederum mehrere Wochen, dann wurde Gimm ruhiger. Was dann weiter mit ihm auf der Festung geschah, erfuhr ich zunächst nicht. Als der Mann von der sechsten Kompanie das Gefängnis verließ, war Gimm noch dort, aber was diesem bevorstand, konnte er nicht sagen. Auch als ich später, nachdem ich mich der bunten Sklavenskleidung entledigt hatte, einige Briefe mit zurückgebliebenen Kameraden wechselte, teilte man mir nur ein unbestimmtes Gerücht mit, daß Gimm für den Auftritt in der Einzelzelle eine schwere Gefängnisstrafe erhalten habe.

Jahre kamen und gingen. Ich dachte nur noch selten an diese Soldatengeschichten, und wie so manche andere Gestalt versank auch Gimm bei mir immer mehr in die Nebel des Vergessens. Nur wenn mich der Zufall einmal mit einem früheren Kameraden zusammenführte, dann wurden in unseren Gesprächen die Militärzeit und ihre Geschehnisse wieder lebendig, und dann tauchte auch Gimm's Gestalt vor uns auf, nur wußten wir nicht, ob wir seiner in trauriger oder fröhlicher Stimmung denken sollten.

Schachts „enggeschnallter Riemen“

„Wie seit dem Krieg mußte das deutsche Volk den Riemen enger schnallen“

Wir haben wiederholt an dieser Stelle auf Grund von Berichten, die wir direkt aus Deutschland erhielten, aber auch auf Grund der Reden von Schacht, und den amtlichen Mitteilungen gezeigt, wie sehr die breiten Massen, insbesondere die deutsche Arbeiterschaft, unter den niedrigen Löhnen und hohen Preisen leiden. Noch in diesen Tagen veröffentlichten wir Auszüge aus illegalen Berichten, die wir aus verschiedenen Gegenden des „dritten Reichs“ erhielten, worin an Ganz der steigenden Preise für Lebensmittel und Bedarfsartikel die Not der Massen näher gekennzeichnet wurde.

Unsere Mitteilungen werden voll und ganz auch von neutraler Seite bestätigt. Die stets objektive und gut unterrichtete „Basler National-Zeitung“ schreibt in einem ausgezeichnet orientierten Artikel über die Not der Arbeiterschaft folgendes:

„Nicht minder umstritten ist ja der Erfolg der sogenannten Arbeitslosigkeit. Offiziell 15 von den sechs Millionen Arbeitslosen sind wieder „in Arbeit und Brot“, aber, sehr oft, unter was für Lebensumständen? Bekannt ist die Berechnung im großen und ganzen: Der Durchschnittslohn des deutschen Arbeiters sei heute tiefer als die Arbeitslosenunterstützung früher, unter der Republik. Ein Teil der einst den Erwerbslosen gezahlten Gelder mußte die Aufrüstung mitfinanzieren. Für den Restbetrag haben die früheren Bezahler heute einfach Arbeit zu leisten, statt daß sie wie einst vor den Arbeitslosenämtern Schlange ständen. So kommen, Steuern, Abgaben Abzüge jeder Art abgerechnet kein Kleinbürger, Kamillenvater, mit einem festen Monatslohn von 200 Mark hat an Steuern und karitativen Abgaben mindestens rund 70 Mark an den Tisch zu legen, während Hungerlöhne heraus: z. B. in thüringischen Wollfabriken 15 bis 25 Mark wöchentlich, in den Gruben des Ruhrbergbaus durchschnittlich höchstens 30 Mark, Wochenverdienst der Arbeiter der thüringischen Textilindustrie 15 bis 20 Mark, Handlungsgehilfen pro Monat 50 bis 100 Mark durchschnittlich. Erwerbslose kriegen durchschnittlich pro Woche 5,50 Mark, falls sie mit 25 Pfa. pro Tag und freier Verpflegung, aber bei was für Strapazen, nicht in die Arbeitslager dirigiert werden. Wer jedoch den Arbeitsdienst ablehnt, kriegt überhaupt nichts.“

Wie seit den erbärmlichen Kriegsjahren mußte das deutsche Volk, mußte vor allem der Arbeiter den Riemen enger schnallen. Verlichen mit Anfang 1933: Um rund 25 Prozent gesunkenes allgemeines Lohnniveau und um abermals 25 Prozent erhöhte Preise der wichtigsten Lebensmittel, so ist im großen und ganzen die Lage. Die Kartoffeln, deutsches Hauptnahrungsmittel, kosteten vorines Jahr 2,20 Mark pro Zentner, heute 4,50 Mark. Die sehr anderthalb Monate dauernde Preisabstufung des Leipziger Oberbürgermeisters Gördeler vermochte wohl einige allzu krasse Wucherpreise zu senken, aber nicht mehr. Nicht ein wichtiges Lebensmittel ist heute auch nur um 10 Prozent billiger als vor sechs Wochen. Der Widerstand der Bauern erweist sich als zu hart. In einem öffentlichen Vortrag am Dienstag in Bremen bekannte sich Dr. Gördeler als gescheitert, als er ausführte: Die wichtigste Aufgabe der Preisüberwachung sei das Fördern der Erzeugung von Waren aller Art und die Sicherung des Binnenmarktes mit den im Lande selbst erzeugten Rohstoffen. Die Überwachung müsse ferner jedem ehrlich schaffenden Kaufmann und Fabrikanten die Sicherheit geben, daß er auf seine Kosten komme. „Der Käufer muß Achtung vor den Selbstkosten des Erzeugers haben, wie auch der Erzeuger die Kaufkraft des Käufers achten muß.“ Selbstverständlich; aber was hat solche Erkenntnis mit Preisentwertung zu tun?“

Zentralisierung der Preisüberwachung

Keine Maßnahmen zur Preissenkung

Berlin, 14. Dezember.

Ueber vier Wochen sind vergangen, seitdem der Leipziger Oberbürgermeister Dr. Goerdeler wieder einmal zum Reichskommissar für Preisüberwachung mit außerordentlichen Vollmachten ernannt worden ist, aber vorläufig hörte man sehr wenig von praktischen, wirksamen Maßnahmen dieses Herrn. Seine Tätigkeit beschränkte sich bisher in der Hauptsache auf Abgabe von Erklärungen, die meistens ganz inhaltslos waren. Auf der einen Seite sei es notwendig, so erklärte der Reichskommissar, die überhöhten Preise zu bekämpfen, auf der anderen Seite müsse die übliche Verdienstspanne den Fabrikanten und dem Händler belassen bleiben. Von einer Senkung der Roh- und Rohstoffpreise hat er überhaupt nie ein Wort gesagt, sondern sich nur mit allgemeinen Phrasen begnügt, daß das deutsche Volk durchhalten müsse, bis „die Welt zur Vernunft“ käme.

So hat auch bisher die ganze Tätigkeit des Herrn Reichskommissars in seiner Weise wirklame Erfolge gezeigt, wobei dem Leipziger Oberbürgermeister mildere Umstände angeblich werden können, da hinter den Kulissen auf der einen Seite Herr Darze mit seinem Reichsnährstand und auf der anderen Seite die großen industriellen Verbände intrigieren.

Nun hat sich aber Dr. Goerdeler nach seiner bisher wenig erproblichen Tätigkeit dazu aufgerafft, endlich eine Verordnung zu erlassen, durch welche die Preisüberwachung zentralisiert wird. Danach wird zunächst einmal das Anwendungsgebiet der Verordnung über Preisbindungen und gegen Verteuerung der Bedarfsbedeutung auf alle Güter und Leistungen erweitert. Danach hat also der Preisüberwachungskommissar die Maßnahme, bei allen Kartellen einzusetzen. Das er von diesen Beschlüssen erstlich keinen Gebrauch machen wird, ist so gut wie sicher, nachdem man die

ganze kapitalistenfreundliche Richtung der Hittlerischen und Schachtischen Wirtschaftspolitik kennt.

Alle Beschlüsse der Preisüberwachungsbehörden zur Regelung der Preisverhältnisse werden nach der neuen Verordnung dem Reichskommissar übertragen. Inzwischen können die obersten Landesbehörden Maßnahmen mit begrenzten räumlichen Auswirkungen im Einvernehmen mit dem Reichskommissar treffen.

Daß die infolge der Einfuhrdrosselung überhöhten Preise für Textilrohstoffe und Metalle nicht gesenkt werden, geht aus der Tatsache hervor, daß die Vorschriften der Kaiserstoffverordnung sowie der Verordnung über Preise für ausländische Waren und unedle Metalle weiter in Kraft bleiben. Neue Preisfestsetzungen, soweit sie allgemeiner Natur sind, bedürfen der Zustimmung des Reichskommissars. Die überhöhten Preise für inländische Rohstoffe, wie beispielsweise für deutsche Wolle, für deutsches Kupfer, für das neue künstliche Benzin usw., bleiben also weiter bestehen, ebenso wie die überhöhten Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Sehr interessant ist es, daß nach der neuen Verordnung die Befugnis zur Betriebsschließung der Preisüberwachungsstellen übertragen worden ist. Bekanntlich haben in den letzten Wochen die Preisüberwachungsstellen, insbesondere auf Grund eines Erlasses Görings, in verschiedenen Städten eichmächtig kleinere Geschäfte geschlossen, weil diese anachronistisch unangemessene Preise verlangten. Die Beurteilung, ob ein Preis unangemessen oder unangerechtfertigt ist, wird jetzt den Preisüberwachungsstellen überlassen. Damit wird eine wesentliche Forderung der Handelsorganisationen erfüllt. Andererseits muß aber noch einmal betont werden, daß auch bei dieser Verordnung, deren Zweck es ist, die Einheitslichkeit der Preisüberwachung sicherzustellen, von Maßnahmen zur Preisentwertung nichts zu merken ist.

Große Umsiedlungsaktion in Walhall

Wilhelm'sische Grabgrube und Riesenklisch über Hindenburgs Gruft nach dem persönlichen Geschmack eines einstigen Dekorationsmalers

„Gehe ein in Walhall!“ So war der letzte Wunsch Adolf Hitlers an seinen Vorgänger Paul von Hindenburg. Dessen ewige Ruhe hat nach knapp 4 Monaten gedauert, wie folgender halbamtlicher Grueberbericht aus Berlin zeigt:

DRS. meldet: Die Erbauer des Tannenberg-Denkmal, Walter und Johannes Krüger, sind damit beauftragt worden, die Gruft des Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg im Tannenberg-Denkmal auszubauen. Vor etwa sieben Wochen empfing sie der Führer persönlich, um mit ihnen den Ausbau des Denkmal zu besprechen. Der Führer zeichnete seine Idee für die Ausgestaltung des Denkmal selbst in den Grundrissplan des Tannenberg-Denkmal ein. So ist es der Gedanke des Führers selbst, daß das Schwergewicht des Denkmal, das bisher, gebildet von dem hohen Kreuz über dem Grabe von zwanzig deutschen Soldaten, im Mittelpunkt des Denkmalhofes ruht, in die Achse verlegt wird. Das heißt also, daß Grabmal in der Mitte des Hofes verschwindet, die Gruft des Feldmarschalls wird in den bisherigen Ausgangsturm verlegt, der dem Eingangsturm gegenüberliegt. Auf diese Weise wird im Innern des Tannenberg-Denkmal ein großer freier Hof gewonnen.

Einzelhaft in das Gesamtbild des Denkmal wird die Gruft nach dem Willen des Führers so gestaltet, daß sie Blickpunkt und Schwerpunkt des ganzen Denkmal wird. Von dem vertieften Hof aus führt ein breiter Zugang zwischen zwei großen Granitblöcken, die rechts und links die Ringtreppeanlage abschließen, zur Gruft. An den Stirnseiten dieser beiden Blöcke stehen die

Standbilder zweier Soldaten, Monumentalfiguren, drei Meter hoch. Wächter des Grabes. Den Eingang zur Gruft deckt ein gewaltiger, behauener Steinblock, der nur in schlichten Buchstaben den Namen

„Hindenburg“ trägt. Dieser Block wird ein ostpreussischer Findling sein. Ein Schmiedeeisernes Tor schließt die Gruft ab.

Hinter dem Tor liegt, schon unter der Erde, eine Vorhalle. An diese Halle schließen sich rechts und links zwei weitere Hallen an, in denen die zwanzig toten deutschen Krieger beigesetzt werden, die bisher unter dem hohen Bronzekreuz inmitten des Denkmalhofes ruhten. Diese Hallen werden mittels schmaler, die Darstellungen des aufstrebenden Meeres zeigen. Ein neues Gitter trennt von der Vorhalle die Gruft, in der der Sarg des Feldmarschalls steht. Die Gruft ist ein halbkugelförmiges Gewölbe, an dessen Wänden bronzene Leuchter Kerzen tragen. Ueber der Gruft ragt der Hindenburg-Turm empor. Es ist der bisherige Ausgangsturm, der äußerlich seinen Schmuck trägt und lediglich einige Fensteröffnungen aufweist. Diese Öffnungen wird man zumauern, dann soll das große Bronzekreuz, das bisher in der Mitte des Denkmalhofes stand, an der glatten Wand dieses Turmes über dem Grufteingang angebracht werden.

Der Turm selbst wird mit kreuzförmigem Grundriß und Kuppelgewölbe ausgebaut. Als einzigen Schmuck erhält er außer seiner sehr schönen Werksteinverkleidung lediglich die Daten aus dem Leben des Feldmarschalls, eingemeißelt in die Wandplatten. Unter den Inschriften werden aus Bronze und Emaille

die Vergrößerungen der vier höchsten preussischen Kriegsorden

prangen, die der Feldherr getragen hat. In der hohen Halle, die man durch Treppen aus den Kammern erreicht, die rechts und links der Gruft liegen, wird ein Bronzedenkmal des Feldmarschalls aufgestellt.

Die von den Gebrüdern Krüger vorgelegten Entwürfe sind vom Führer und von der Familie des Feldmarschalls genehmigt worden. Bald nach Weihnachten sollen die Pläne und Modelle im Königsberger Schloss aufgestellt werden.

13 Tote!

Vom Zug des „Führers“ überfahren

Berlin, 15. Dezember.

Der fahrplanmäßige Schnellzug, mit dem der „Führer“ am Freitag von Bremerhaven zurückfuhr, hatte bei Verden (Aller) ein schweres Unglück, bei dem 13 Personen ums Leben kamen.

Ein Autobus mit Anhänger, der eine plattdeutsche Theatergesellschaft aus Stade nach Verden an der Aller bringen wollte, überfuhr bei nebligem Wetter bei Block 61a die geschlossene Eisenbahnbrücke.

Im gleichen Augenblick wurde der Autobus von einem Schnellzug erfasst und zur Seite geschleudert. Der Autobus wurde vollkommen zertrümmert. Von den 20 Insassen waren 13 sofort tot. Vier wurden schwer verletzt, während drei, die auf der letzten Bank des Autobusses gesessen hatten, mit leichten Verletzungen davorkamen. Der Zug konnte auf kurze Strecke zum Halten gebrückt werden. Die Insassen des Zuges, unter denen sich auch ein Arzt befand, leisteten sofort die erste Hilfe. Nach kurzer Zeit trafen Feuerwehren und Sanitätskolonnen umliegender Dörfer ein, um Verletzte zu evakuieren. Der Oberstaatsanwalt aus Verden begab sich ebenfalls unverzüglich an die Unfallstätte, um die ersten Vernehmungen durchzuführen. Aus den verschiedenen Jugenansagen ergibt sich einwandfrei, daß die Schranke bereits fünf Minuten vor Passieren des Zuges ordnungsmäßig geschlossen war. Die geschlossene Schranke wurde von dem Autobus mitten durchbrochen. Die Angeführte und das Blockpersonal trifft keinerlei Schuld.

Weihnachtsherze im Niederbergischen

Abfu, 15. Dezember.

Am Niederbergischen ereignete sich ein Vorfall, der, so lächerlich er auch ist, andererseits doch zeigt, in welcher Not sich der mittelständliche Einzelhandel in den kleineren Orten befindet, dem die Hittlerpartei die Erlösung von allen Schwierigkeiten und die Beseitigung der Konkurrenz der Warenhändler versprochen hat.

Der Wuppertaler Verkehrsverein hat eine Weihnachtswerbewoche veranstaltet, in welcher die Einzelhändler der niederbergischen Orte unter Führung der Stadt Velbert eine unliebsame Konkurrenz erblickten. Sie entschlossen sich deshalb, dieser Werbewoche den Kampf anzujagen, was zu einer grotesken besonderer Art führte.

Um nämlich die Abfahrt von Sonderzügen, die aus Anlaß der Wuppertaler Werbewoche u. a. vom Niederbergischen Land nach Wuppertal einleiert wurden, zu unterbinden, haben sich Kreise des niederbergischen Einzelhandels an das Gericht gewandt und sogar den Gerichtsvollzieher gegen die Abfahrt der Sonderzüge mobilgemacht versucht. Tatsächlich konnten auch die Einzelhändler des Niederbergischen Landes eine einstweilige Verfügung vom Amtsgericht in Velbert erwirken, um die Abfahrt eines Sonderzuges von Velbert nach Wuppertal zu verhindern. Die Verfügung wurde jedoch gegen den ersten abfahrenden Sonderzug nicht mehr wirksam, weil sie noch die zuständigen Instanzen zu durchlaufen hatte. Der Zug zur Wuppertaler Weihnachtswoche konnte infolgedessen unbehindert, wenn auch unter wüsten Beschimpfungen der Einzelhändler, abfahren.

Gegen den Wuppertaler Verkehrsverein ist vom Handelskammeramt Velbert auch eine Anzeihe beim Eingangsamt der Bergischen Industrie- und Handelskammer für Wettbewerbsverhältnisse erhoben worden. Anlaß zu dieser Anzeihe sind Prospekte, die in großen Mengen in das Niederbergische Land verandt wurden und auf denen im Zusammenhang mit der Wuppertaler Werbewoche Fahrpreisermäßigungen sowohl auf der Reichsbahn als auch auf den Straßenbahnen nach Wuppertal angeündigt waren. Man sieht in dieser Aufzählung einen Vorstoß gegen die guten Sitten im Sinne des Wettbewerbsgesetzes.

Der b'auc Engel

Schupo als Weihnachtsmann

Zum „Tag der deutschen Polizei“ soll sich, wie amtlich gemeldet wird, die Polizei im ganzen Reich mit besonderen Veranstaltungen für das Winterbliswerk einsehen. Aus dem Programm für diese Veranstaltungen wird jetzt unter anderem bekannt gegeben:

Die Polizei geht zum Teil mit ihren Kapellen in Betriebe und Stadtgegenden, in denen im allgemeinen keine Platzkonzerte abgehalten werden. Außerdem werden auch auf dem flachen Lande, in Kleinstädten und Dörfern, Konzerte der Schupo-Kapellen veranstaltet. In Hamburg werden Polizeibeamte, als Weihnachtsmänner verkleidet, in den sogenannten Glendvierteln den bedürftigen Kindern eine Weihnachtsgabe bereiten. Die Mittel hierzu werden durch Spenden der Beamtenschaft selbst aufgebracht. Die üblichen Kinderbesuchungen, die überall stattfinden, sollen an den beiden Tagen verdoppelt werden. Außerdem bringt die Polizei Mittel zusammen, um bedürftigen Kindern den Besuch von Weihnachtsvorstellungen zu ermöglichen. In Sachsen und Württemberg soll auch der Polizeihund in den Dienst der guten Sache gestellt werden. In Königsberg wird dem Publikum, ebenso wie an anderen Orten, die reichliche Ausbildung der Polizei vorgeführt; der Reinertrag dieser Veranstaltungen wird an das Winterbliswerk gegeben. Ueberall schließt der „Tag der Polizei“ mit einem Japsenkreis.

Vor einem

neuen Reichs'agsbrandprozeß

Bekanntlich hat das Propagandaministerium in Berlin versucht, den niederschmetternden Eindruck, den das durch Reichstagsabgeordneten Branting veröffentlichte Grün-Dokument in der ganzen Welt hervorgerufen hat, dadurch abzumildern, daß es dem Vertreter der „Times“ einen falschen Fiedler vorgezeigt hat. Branting hat aber diesen Versuch des Goebbels-Ministeriums damit durchkreuzt, daß er den falschen Fiedler aufgefördert hat, ihn wegen Verleumdung, da er ihn der Brandstiftung beschuldigt habe, zu verklagen. Der gegenüber dem „Times“-Korrespondenten so redselige Herr Fiedler war plötzlich anhergewöhntlich schweigsam und leistete dieser Aufforderung keine Folge. Weder das Propagandaministerium noch Herr Fiedler haben bisher auf diese Aufforderung reagiert. Umso mehr reagiert aber haben zahlreiche Jungen und Personen, die bereit sind, in einem Prozeß Branting-Fiedler, der zu einem neuen Reichs'agsbrandprozeß werden möchte, als Zeugen aufzutreten. Unter anderen hat das Wort genommen der bulgarische Rechtsanwalt Origoroff. Bei Branting haben sich mehrere in der letzten Zeit aus Deutschland geflüchtete Jungen gemeldet, die in der Lage sind, die in dem Grün-Dokument angegebenen Tatsachen zu erhärten. Voraussichtlich würden auch, wenn es zu einem Prozeß käme, Dimitroff, Popoff und Zaneff zu den Verhandlungen reifen.

Zu verkaufen oder zu vermieten!
 Neuerbaut, mit allem modernem Komfort versehen, dreistöckiges
Geschäftshaus
 gelegen in der Stadt LUXEMBURG in verkehrsreicher Hauptstraße. In jedem Stockwerk fünf geräumige Wohnzimmern, Küche, W.C., Bade- und Toilettenzimmer, Warenaufzug, Einzelheizung, Solarium, im Erdgeschoss sehr schönes Lokal, mehrere Zimmer, Garage. Sofort zu beziehen. — Sich wenden unter R. F. 3547 an die Expedition dieses Blattes.

Zu verkaufen
 in Hauptverkehrsstraße von METZ schöner Fonds eines erstklassigen
Wäsche- und Wollwarengeschäftes
 Sehr niedrige Miete, Vertrag noch 4 Jahre mit Anrecht auf Verlängerung laut Gesetz betr. Geschäftsgegenstand, erhält m. 60% vom Verkaufserlös. Auch Vermittler können sich der Sache annehmen. Offerten unter Nr. E 435 an die Ausgabestelle.

Das größte vegetarische Restaurant
 in Paris, für 200 Personen, ganz oder geteilt abzurufen. 50 Metz v. Grands Boulev. zeigen, mit Saal im 1. Stock, Wohnung, modern einger. Einzigartige Gelegenheit, Aussicht an der Stelle Grünstein, 1, rue Révini (19).

Zu verkaufen
 Gut eingeführtes und gutgehendes
Damenkonfektions- und Wollgeschäft
 in bester Lage STRASSBURGS Krankheitsheim abzugeben. Kapital einschließlich ca. 400000,- Fr. Offerten unter Nr. 1264 an die Exped. „Deutsche Freiheit“ Saarbrücken.

Geschäftsbeteiligung
 geboten in eingeführtem Londoner Fabrikationshaus für Kinder- u. Backstuhlfabrik. Erstk. Referenzen. Box 12742, Havas Ltd., Brettenham House, London W. C. 2.

Schweizerisches und deutsches
 Wurstwarengeschäft
Produits Schmid
 78, Boulevard de Strasbourg, 8, rue St. Laurent
 Paris, bei Barre de l'Est
 Telefon 4 Liniel versorgt unter 0072810 01-19

Auto-Fahrschule
 durch die Akademie d'Auto des Champs-Élysées
 Kursus 10 Lektionen Gemeinschaftsunterricht, Herabsetzung des Wagens für die Prüfung, Erledigung aller Wege bei der Präfektur, Gesamtpreis 140,- sfrs. Einz. Lektion 15,- sfrs. Internationaler Führerschein. Kauf und Verkauf von neuen und gebrauchten Wagen. Man spricht deutsch.
 78, Av. des Champs-Élysées, am Lido, links
 74, Av. Mozart, (Metro Jasmin) Tel. Elysées 33-22

Das Neue Tage-Buch
 Herausgeber: Leopold Schwarzschild

AUS DEM INHALT:

Nr. 46 soeben erschienen

Die Woche
 Sein Kampf im Mittelpunkt
 Sieg der Moral
 Das Geständnis des Reichstagsbrandstifters
LEOPOLD SCHWARZSCHILD:
 Intermezzo
JOACHIM HANIEL: Die Finanzierung des „Dritten Reiches“
HEINRICH MANN: Das Beispiel Frankreichs
ARMAND ROZELAAR: Berlin 1934
RUDOLF OLDEN: Der Tod als Spielzeug
 Miniaturen

PREIS 3 FRANCS

Die verheimlichte Granatenerplosion

zahlreiche junge Mädchen und Frauen als Opfer der fieberhaften Rüstung

Wir erinnern uns noch alle daran aus den Kriegsjahren. Fast jede Woche erfolgte in einer der unzähligen Fabriken, die Kriegsmunition erzeugten, eine Explosionskatastrophe. Mangelnde Schutzvorrichtungen, überhitztes Arbeitstempo und geschwächte Körperkraft rissen damals in der Helmat viele Tausende, Männer und Frauen, in den Tod.

Heute steht die Rüstungsindustrie wieder in hoher Blüte. Genau wie im Kriege gibt es Unglücksfälle mit schweren Opfern. Genau wie im Kriege erhält die Presse eine Zensur anweisung, „daß über die Explosion bei der Firma . . . außer der einfachen Erwähnung der Tatsache nichts veröffentlicht werden darf!“

Dieser Tage las man die folgende Notiz in Magdeburger Zeitungen:

In der Maschinenfabrik Falke ereignete sich am Dienstag um 20.40 Uhr eine Explosion.

Sonst nichts! Was war geschehen? Es handelte sich um eine Explosion von Granaten. Die Wahrheit erfuhr man einige Tage darauf durch eine Serie von Todesanzeigen in der Magdeburger Presse, die verheimlicht nicht verboten worden waren. Tausend junge Mädchen und Frauen waren die Todesopfer:

- Bertha Borek
- Frida Baumann
- Bertha Hofemeier
- Charlotte Edelmann

und viele andere. Eine der Anzeigen sei im Wortlaut wiedergegeben:

Ganz plötzlich und unerwartet nahm uns der Tod meine geliebte Tochter, unsere gute Schwester, liebe Schwägerin und Schwiegertochter, meine unvergeßliche Braut
Charlotte Ho. Schumacher
 aus einem hoffnungsvollen Leben.
 Magdeburg, den 8. Dezember 1934.
 In tiefer Trauer
Die Mutter Emmi Fischer und alle Angehörigen.
 Die Beerdigung findet statt am Montag, dem 10. Dezember, 14.30 Uhr, von der Hauptkapelle des Westfriedhofs. Ewige Kranzspenden erbeten an das Beerdigungsinstitut Ebeling, Hauptstraße 8/9.

„Ganz-plötzlich und unerwartet“ explodierten die Geschosse! Auf den Granatpaketen, die die Opfer herzurichten hatten, war zu lesen:

„Achtung! Beimgläser! Zerbrechlich, nicht stürzen!“
 Das ist das Deutschland, in dem die Jugend aufgedröckelt ist! Sie tritt schon im Frieden an den Kriegsvorbereitungen des „dritten Reiches“.

Zeitschriften-Vertrieb
 in französischer Großstadt
 günstig abzugeben. Schreib.
 LYONNET, 161, rue
 Vivienne, 17 Paris.

INSERIEREN BRINGT GEWINN

Briefkasten
 D. G., London. Wir haben Ihnen für folgende Richtigstellung zu danken: „Die Mitteilung, die Ihnen von Gloucester Street, London, zugeht über eine demnächst erscheinende zweisprachige antifaschistische Wochenzeitschrift, die angeblich mit Unterstützung des Flüchtlingskomitees herauskommen soll, beruht auf einem Irrtum. Das Flüchtlingskomitee ausschließlich karitative Aufgaben hat, kommt selbstverständlich die Unterstützung einer politischen Zeitschrift durch das Komitee nicht in Frage, aber außerdem weiß niemand etwas von einer solchen geplanten Zeitschrift. Wahrscheinlich liegt eine Verwechslung vor mit einer demnächst herauskommenden „Zeitung“ von Flüchtlingen, für Flüchtlinge die jedoch ebenfalls unpolitisch ist, wie ich selber durch Einsichtnahme in die demnächst erscheinende erste Nummer feststellen konnte. Diese Zeitung will weiter nichts als in wichtiger Form den Flüchtlingen Winke für ihre Leben in London geben, wie Dinweise auf geeignete Klubs, auf die örtliche Höhe von Tringelbären, wie man sich auf der Straße verhalten soll und dergleichen mehr.“

Für den Gesamthalt verantwortlich: Johann Pflü in Dudweiler; für Inserate: Otto Rudn in Saarbrücken. Rotationsdruck und Verlag: Verlag der Volksstimme GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 3. — Schließfach 776 Saarbrücken.

Gestern noch wurden die Siege der Arbeitsschlacht stolz verkündet, und heute wächst die Arbeitslosigkeit.

Fragen über Fragen wirft die Wirtschaftspolitik Adolf Hitlers auf. Sie ist ein Kampf, dessen Erfolg die wenigsten klar sehen. — ein Kampf, der über das tägliche Brot des deutschen Volkes entscheidet. Und zugleich über die Dauer des Hitler-Regimes mitentscheidet.

Warum Arbeitsbeschaffung? Wem soll die Wirtschaft dienen? Ist Hitler Freund der Bauern? Das Geheimnis der Arbeitsbeschaffungswegsel?

Warum ist die Währung fest? Zwangswirtschaft oder Planwirtschaft? Was hat Schacht geleistet?

Gibt es Auswege aus der heutigen Wirtschaftslage? Rettet der Erfindergeist Hitler? Was sind Kompensationsgeschäfte? Wohin muß der Weg Hitlers führen?

Ueber all diese Fragen, die jeden angehen, gibt die Schrift, die jeden interessieren wird, eine Auskunft, die jeden überzeugen muß:

Erhältlich in den **Preis 3,- Fr.**

So ging die
ARBEITSSCHLACHT
 verfloren

Buchhandlungen der Volksstimme GmbH., SAARBRÜCKEN NEUNKIRCHEN SAARLOUIS

